

Der Steinarbeiter

Zeitschrift des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands

Für berufliche, wirtschaftliche und soziale Interessen der jugendlichen und erwachsenen männlichen und weiblichen Fach- und Hilfsarbeiter in der Steinindustrie und im Steinstraßenbau

Erscheint wöchentlich. Der Bezugspreis beträgt vierteljährlich 2.50 Mk.
Bestellungen nur durch die Post, eingetragen in die Reichspostliste
unter Nummer 1628. Kreuzbandsendungen und Postüberweisungen
durch die Verlagsstelle des Verbandes der Steinarbeiter finden nicht statt.

Schriftleitung und Versandstelle: Leipzig
Zeitzer Straße 30, IV., Aufgang B und C. Ruf 33819

Anzeigengebühr: Die doppeltgespaltene Kleinzeile 1 Mk. Aufnahme nur bei vorheriger Gebühreneinsendung auf Postcheckkonto Leipzig 56383.
Kassierer: L. Geist, Leipzig C 1, Zeitzer Straße 30, IV. (Volkshaus)
Rabatt wird nicht gewährt. Blattschluss ist Sonnabends um 10 Uhr

Sonnabend, den 23. Mai 1931

35. Jahrgang

Nummer 21

Die Resolutionenfabrik

Leider fehlt in der deutschen Gewerbestatistik die Rubrik der Resolutionenfabriken. Ihre Zahl ist wahrlich nicht gering, und wenn es irgendwo eine Überkapazität gibt, dann auf dem Gebiete des Vereinswesens. Was sollen diese vielen Gebäude auch schließlich weiter tun, als Resolutionen verfassen, damit die unachbare Menschheit nicht die Existenz dieses oder jenes Klubs vergibt. Immerhin, wir sind tolerant, und solange von über-eifriger Vereinsvorständen Entschließungen verbrochen werden, deren Inhalt oder seine Verwirklichung niemand nützt und schadet, gehen wir darüber stillschweigend zur Tagesordnung über. Die Sache wird erst anders, wenn die Erzeugnisse solcher Resolutionenfabriken in einer derartigen Fülle auf dem Markt geworfen werden, daß ihre Masse geeignet erscheint, die Gehirne zu vernebeln. Richten sich dann noch die kleinen Fabrikate gegen die Gewerkschaften für Vollbeiträge und für Erziehern zu einer unangenehmen Jahresdurchschnitt; das 2. Quartal ist das weit größere.

Die rückläufige mit jedem Jahr zunehmende Unternehmertum ist der Hansabund. Aus dem alten Almanach für das deutsche Reich, "wir über diesen Namen Verein nur, daß sein voller Name Hansabund für Gewerbe, Handel und Industrie" lautet und seine Geschäftsführung in Berlin auf der Dorotheenstraße beheimatet ist. Die Resolutionen dieses Bundes für Gewerbe, Handel und Industrie aber sind weltbekannt. Neben der Fülle der einzelnen Typen ist die Sicherheit des Tonos, in dem sie abgefaßt sind, hervorzuheben. Der Hansabund weiß mit treffender Sicherheit wie dieser oder jener Zweig der Sozialversicherung zu sanieren ist, wie im Reichsetat Hunderte von Millionen eingespart werden können, wie die schwere Wirtschaftskrise überwunden werden kann und vieles noch. Zu all den Fragen liegen Denkschriften und Resolutionen in Hülle und Fülle vor. Und es liegt nur an der politischen Unreife der Deutschen, daß sie den ersten Syndikus des Hansabundes noch nicht zu ihrem Reichsanwälter oder Diktator gemacht haben. Alles Elend wäre dann vorbei, und wie schon einmal gingen wir im Laufschritt den herrlichsten Zeiten entgegen.

Bisher hat man das leider verfehlt, aber angesichts der furchtbaren Wirtschaftskrise, die zur Zeit den Erdball erschüttert, sollte man auch das Hansabund-Rezept zu ihrer Beseitigung einmal beachten. Es liegt frisch gebunden vor uns. Der Hansabund hat nicht etwa wie jeder gewöhnliche Verein einen Vorstand, sondern ein Präsidium. Und besagtes Präsidium, in dem namhafte Leute aus der Wirtschaft, der Politik und Wissenschaft vertreten sein sollen, verkündete dieser Tage der unter der Kritik leidenden Menschheit ihr Evangelium. Die "Frankfurter Zeitung" veröffentlichte es unter der Überschrift "Für freiere Wirtschaft". Also nicht für die ganz freie Wirtschaft wird votiert, sondern nur dafür, daß diese um einige Grade freier sein soll, als sie heute ist. Und dann erfahren wir, immer nach der "Frankfurter Zeitung": "Es gelte, den Tatbestand klarzulegen, daß die kollektivistisch orientierte Wirtschaftsgesetzgebung, die Feststellung der freien Marktwirtschaft, die Ursache der heutigen Not sei, daß der Sozialismus versagt habe, und allein in der Privatwirtschaft die nötigen sozialen und kulturellen Aufbaufäkte liegen." Endlich ist einmal der wahre Kriegergrund entdeckt. Es liegt in der kollektivistisch orientierten Wirtschaftsgesetzgebung, die die Hansabund-Resolutionäre mit Sozialismus gleichsetzen. In England und Amerika, also zwei Staaten, die von der Wirtschaftskrise ebenfalls sehr stark mitgenommen sind, denn beide Länder haben im Verhältnis zu ihrer Einwohnerzahl noch mehr Arbeitslose als wir, muß demnach der Sozialismus noch viel weiter fortgeschritten sein als bei uns. Das ist doch die logische Schlüssefolgerung aus dieser hansabündlerischen Erkenntnis. Aber wir wollen diesen Unsinn gern einmal als wahr annehmen und den Hansabund bitten, dort mit den kollektivistischen Tendenzen aufzuräumen, wo er Einfluß hat. Das ist das "freie" Unternehmertum. Es hat die Freiheit des einzelnen geopfert und läßt sich die Preise von einem Kollektivum festlegen. Ein anderes Kollektivogebilde wieder schreibt den "freien" Unternehmern vor, wieviel sie produzieren dürfen, indem es ihnen bestimmte Quoten zuweist, und endlich hat ihnen daselbe Kollektivum auch die Freiheit der Kundenwahl genommen. Es verkauft alle Produkte auf Rechnung des freien Unternehmers und verbietet ihm bei hohen Konventionsträufen das selber zu tun. Diese beiden Kollektiva heißen Kartell und Syndikat. Die Kartellstelle des kollektivistischen Reichsverbandes der deutschen Industrie hat einmal die Zahl der vorhandenen Kartelle und Syndikate auf über 3000 angegeben, Hansabund, ran an den Feind! Stirze die Mauer, hinter der er sich versteckt! Die Mauer, die diese Gebilde schützt, ist unser im Bürgerlichen Gesetzbuch verankertes Vertragsrecht.

Aber nein, die Herren vom Hansabund scheinen mit dem Kollektivismus etwas anderes zu meinen. Sie fordern nämlich weiter, daß "durch umfassenden Abbau der öffentlichen Ausgaben, strengste Sparfamilie sowie Auflösung der die Existenz des Wirtschaftskörpers verursachenden Wirtschaftsgesetze die Gestaltungskosten gemindert und die aufbauenden Wirtschaftsträume zu freier Entwicklung zurückgeführt werden müssen".

Mit dem umfassenden Abbau der öffentlichen Ausgaben und der Forderung nach strenger Sparfamilie sind wir selbstverständlich einverstanden, denn wir wissen ja genau, daß der Hansabund, der auf allen seinen Festbanketten das deutsche Kulturniveau feiert, nicht etwa an einem Abbau der Ausgaben für die Volksbildung denkt. Nein, er meint damit sicherlich die dem Charakter der freien wirtschaftlichen Persönlichkeit ins Geist schlagende Subventionswirtschaft und schließlich auch den Wehretat. Und daran denken wir auch immer, wenn von öffentlicher Sparfamilie geredet und geschrieben wird. Im übrigen soll der Abbau der kollektivistischen Wirtschaftsgesetzgebung eine Senkung der Selbstkosten bringen. Schämen sich denn die Herren des Hansabundes zu sagen, was sie damit meinen? Es würde ihnen doch nur zur Ehre gereichen, wenn sie das, was sie wollen, leicht verständlich fassen und

in die Worte kleiden würden: Beseitigt die Tarifverträge und ihre reichsgesetzlich garantie Unabdingbarkeit! Das versteht man doch wenigstens ohne allzu langes Nachdenken und Raten. Die Wirtschaftsgesetzgebung soll nämlich nur den Zweck haben, durch Zölle Subventionen und den Schutz der Kartellverträge, den Unternehmerlohn zu sichern. Sobald sie auch dem Schutz des Arbeitslohnes dient, dann zum Teufel mit ihr. So will es der Hansabund!

Im übrigen haben wir dieses saubere Gremium auch bezüglich des Abbaues der öffentlichen Ausgaben und der Sparfamilie der öffentlichen Körperschaften mißverstanden. Die Hansabündler haben nicht an die Subventionen und den Wehretat gedacht, sondern sie sagen:

"Nur noch sehr radikale Einschnitte in den Kreis der öffentlichen Ausgaben und den bisherigen Umfang der Arbeitslosenversicherung würden helfen können, nachdem man allzulange versäumt habe, die öffentlichen Leistungen mit dem Gesamtvertrag der Wirtschaft in Einklang zu bringen."

Also bei der Arbeitslosenversicherung soll mit einem umfassenden Abbau begonnen werden. Die Millionen Arbeitslosen werden davon mit Erbitterung Kenntnis nehmen.

Zum Schluß sei dem Präsidium des Hansabundes gesagt, daß sein Syndikus ein fauler Kopf ist. Er hat keinen einzigen neuen Gedanken entwickelt, sondern seine Arbeitgeber, althistorische Forderungen der Reaktion anzunehmen lassen. Diese sollten ihn dafür wegen Gedankenarmut entlassen. Aber das tun sie nicht, denn es fällt ihnen gar nicht auf.

Aus der Steinindustrie in der Oberpfalz

Der Steinmeier Ludwig Schwägerl in Flossenbürg, ein recht rühriges Verbandsmitglied, hat in einem bayrischen Arbeiterblatt nachstehende Schilderung gebracht, die verdient, weiteren Kollegenkreisen bekannt zu werden:

Etwa 20 Kilometer von der Stadt Weiden in der Oberpfalz, dicht an der tschechischen Grenze, liegt das Industriedörfchen Flossenbürg. Hübsch eingeschlossen von zwei Bergen, dem Schlossberg und dem Plattenberg. Beide Berge sind reich an Granit, besonders der erste, der noch dazu auf seinem Gipfel eine Burgruine trägt. Schon vor etwa 60 Jahren suchten einige Arbeiter an diesem Berg durch die Gewinnung von Granit und dessen Bearbeitung eine Existenzmöglichkeit. Allerdings war es noch unbedeutend für die Gemeinde, da Aufträge, die ein größeres Unternehmen ermöglicht hätten, noch fehlten. Zielfähig rührte aber entwickelte sich die Industrie, und nach ungefähr 10 Jahren konnte man feststellen, daß die Haupteinnahmen der Ortsgemeinden und ihrer Bevölkerung aus den Steinbrüchen in Form von Bruchzins und Löhnen erzielt wurden. Als nennenswerter Arbeitgeber in der damaligen Zeit ist Herr Wilhelm Jakob von Flossenbürg zu nennen. Trotzdem die aufblühende Industrie in den Arbeiterkreisen damals freudig begrüßt wurde, muß man heute feststellen, daß seinerzeit jeder Arbeiter dieser Industrie sehr vieles auf sich nehmen mußte und nicht auf Rosen gebettet war (wenn es auch heute des öfteren heißt, wie gut und schön es früher war).

Wie sah es aber damals eigentlich in der Steinindustrie Flossenbürg aus? Wenn man von "Recht" spricht, kann man sich darunter allerhand vorstellen, aber für die Steinarbeiter gab es damals so viel wie gar kein Recht! Demgegenüber hatte er aber sehr viele Pflichten. Zum Beispiel mußte jeder Steinarbeiter sein Werkzeug selbst anschaffen, seine Werkstatt selbst erbauen und den Schmied selber spielen, was meistens nachts geschah in einer kleinen zur Schmiede zurecht gerichteten Bretterbude oder zu Hause in den altdutschen Kaminen (Küchen genannt), wo eine Petroleumlampe als Lichtspenderin diente. Eine Arbeitsordnung kannte man auch nicht; die Arbeitszeit bestimmte die Sonne mit ihrem Auf- und Untergang. Hübsch sah es aus, wenn ein Steinmetzkollege einmal an einen anderen Werkplatz wollte; größtenteils nahm er einen Schiebkarren zu Hilfe, damit der Transport sich etwas leichter gestaltete, denn es mußten alle "Sieben Zwetschgen" mitgenommen werden, um auf dem anderen Platz wieder anfangen zu können. So ein Umzug ähnelte einer Zigeunerwanderung. Um die Jahre 1900 setzte durch die freigewerkschaftliche Organisation eine bedeutende Hilfe ein. Es wurden Tarife abgeschlossen, und in jeder Art gab es Verbesserungen; auch die Betriebe dehnten sich immer mehr und mehr aus.

Dann kam der große Sprung bis zum Kriegsende 1918. Die Steinindustrie in Flossenbürg lebte alsbald wieder auf, und mit dem Abschluß eines Landestarifs kamen uns Arbeitern noch einige Vorteile zugute. Auch unsere Ortsgemeinde nahm hübsch Summen Geld als Bruchzins für den verpachteten Schlossberg ein. Die Inflation brachte auch hierher ihre Nachteile, aber hernach setzte wieder gute Konjunktur ein, und wir Flossenbürgen Steinarbeiter waren alle wieder versorgt, — bis zum Jahre 1928.

Da setzte erneut die Krise ein, die uns seither nicht mehr verlassen hat. Dazu kam das Ausbreiten einer Schmutzkonkurrenz, die sich für Arbeiter und Gemeinde als hauptsächlicher Steinbruchbesitzer gleich ungünstig auswirkt. Es kam dazu, daß kleine Unternehmer, sogenannte "Steinfabrikanten", bald jeden Feldstein, den sie durch unterbezahlt Arbeiter ausgraben ließen, als "Schlossbergmaterial" anboten und verkauften und so den Ruf dieses besten Granits schwer schädigten. Gewiß läßt sich nichts dagegen einwenden, wenn auch ein privater Steinbruchbesitzer seine Ware loszuschlagen will, aber es sollen dann wenigstens nur anständige Geschäfte gemacht werden.

Nun steht Flossenbürg vor der wichtigen Entscheidung, ob die Gemeinde den Steinbruch wieder verpachtet oder in eigener Regie weiterführen soll, da die bisherigen Pachtverhältnisse am 1. Juni 1931 ablaufen. Die Sache zu beraten, liegt in den Händen eines 12 Mann starken Ausschusses. Nach einigen Sitzungen einigte man sich auf die Weiterführung der Betriebe in eigener Regie; die Herren Krapf und Stahl wurden daher zu Geschäftsleitern berufen. Gewiß bedeutet dieser Beschluß eine große Ver-

Kampf den rechtsradikalen Zellenbauern

Die Hitlerpartei ist von einflussreichen kapitalistischen Kreisen dazu aussehen, die deutsche Arbeiterbewegung zu zerstören. Was den mit Unternehmertum gegründeten gelben Verbänden nicht gelungen ist und auch Bismarck nicht vollbracht hat, das soll Hitler jetzt ausführen. Die Partei Hitlers segelt unter dem Firmenname "Arbeiterpartei", in Wirklichkeit ist sie eine Partei des wildgewordenen unreifen Spießertums. Sie hat die mischtmüten, unzufriedenen Elemente aus dem bürgerlichen Lager aufgesogen, aber es ist ihr bisher nicht gelungen, in der Arbeiterschaft festen Fuß zu fassen. Ihre Mission, die ihr von den Unternehmern zu gewiesen ist und weshalb sie finanzielle Zuwendungen bekommt, die Gewerkschaften zu zerstören, hat die Hitlerpartei wegen der berechtigten misstrauischen Ablehnung der Arbeiter bis jetzt nicht einmal in Angriff nehmen können. Das hat bei den kapitalistischen Geldgebern verschuppt, die ihre bedeutenden Summen nicht umsonst gegeben haben wollen. Sie verlangen Gegenleistungen, sie drängen auf Erfolge. Diese Gründe sind bestimmd für die seit Ende 1929 von den Nationalsozialisten betriebenen Gründungen von Betriebs- und Berufszenzen.

Aufgabe und Ziel dieser Zellen ist die Zersetzung der freien Gewerkschaften. Sie sollen die Gewerkschaften aushöhlen. Mit Geschrei über "marxistische Mitzwirtschaft" und "Bonzenzum" sollen die Mitglieder der Gewerkschaften mischtmüdig gemacht und die unorganisierten Arbeiter vom Beitritt abgehalten werden. Gleichzeitig verpricht man den Arbeitern die Gründung neuer faschistischer Gewerkschaften mit niedrigen Beiträgen. Diese Gewerkschaften werden aber niemals im Hitlerischen Staat geduldet werden, sie sind nur Mittel, die Arbeiter einzufangen, sie loszulösen von den freien Gewerkschaften. Sind die freien Gewerkschaften, die die Führerschaft der Nationalsozialisten wegen ihrer Geschlossenheit und straffen Organisation am meisten fürchtet, geschwächt, dann soll der letzte Rest zerstören werden. Die Arbeiter sind dann den Unternehmern ausgeliefert. Die Kommunisten leisten mit ihrer Zersetzungarbeit unfreimäßige Helfersdienste.

Die wachsende Unzufriedenheit der Geldgeber mit der Hitlerpartei ist nach der Reichstagswahl 1930 sehr deutlich zum Ausdruck gekommen. Sie waren enttäuscht, als sich bei der Berechnung des Stimmenverhältnisses ergab, daß Hitler in das marxistische Lager nicht eingedrungen sei. Die Millionen der Freigewerkschafter hatten nur ein mitleidiges Lächeln für die Anbiederung der Kapitalschnecke übrig gehabt. Auch die christlichen Gewerkschaften haben Hitler die kalte Schulter gezeigt. Dafür aber hat Hitler, entgegen den Wünschen seiner Geldgeber, den bürgerlichen Parteien die Nach- und Mitsläufer weggeschafft. Das war alles andere, nur nicht das, was die Geldgeber haben wollten. Bei den Bürgerlichen soll alles beim alten bleiben, ihnen wünschen die Borstig, Kirdorf, Mutschmann usw. keinen Abbruch. Sie sind ja nicht Gegner der kapitalistischen Ausbeutung, sondern Erhalter und Stützen des kapitalistischen Systems. Auch in den bürgerlichen Parteien gibt es heftige Gegner der Gewerkschaften.

So ist der Hitlerpartei einzig und allein die Aufgabe zugedacht, die marxistische Arbeiterbewegung zu zerstören. Es soll den Arbeitern der Halt genommen werden, den sie in den Gewerkschaften haben. Stehen die Arbeiter vereinzelt und ohne gewerkschaftliche Stütze da, dann kann man machen, was man will. Die Unternehmer dictieren, und die Arbeiter haben zu gehorchen. Das ist Hitlers "Herrenrennenzentrum", das ist die "Moral ohne Mitleid". Allein Hitler hat in diesem Falle die Rechnung ohne die Gewerkschaften gemacht. Wäre er jemals Mitglied einer freigewerkschaftlichen Organisation gewesen, er wäre nie auf den Gedanken gekommen, sich an die Gewerkschaften heranzuwagen. Offenbar legen die Führer der Nationalsozialisten die Nörgelei der außerhalb der Gewerkschaften stehenden Arbeiter und Angestellten, denen es keine Organisation recht machen kann, dahin aus, daß diese nur auf die Neugründung einer Gewerkschaft warten, um sofort beizutreten. Darin irren sie sich ganz gewaltig. Ja, die Tatsachen beweisen, daß diese nörgelenden Nachläufer in Zeiten der Gefahr die besten Mitstreiter für die Erhaltung der Gewerkschaften sind; weil sie wissen, was kommt, wenn dieser Schuhwall niedergekippt ist. Es sind schon öfter Gewerkschaften mit Unternehmern aufgezogen, erreicht haben sie ebenso wenig, wie Hitler es

lastung für die Gemeinde, um so mehr als auch andere wichtige Projekte, wie der Wasserleitungsbau, verwirklicht werden sollen. Aber die Beauftragten werden mit aller Energie ans Werk gehen, um die Krise zu überwinden, und finden dabei hoffentlich die Unterstützung jedes vernünftigen Gemeindebürgers. Vertrauen zu denen, die die Geschäfte führen sollen, ist die erste Bedingung. Gewiß kann nicht jeder Ober sein, und man kann auch davon keine anwanzig auf einmal brauchen, aber als Mitarbeiter an diesem Gemeindewerk ist jeder einzelne willkommen. Flossenbürg besitzt in seinem Schlossberg die besten und ergiebigsten Granitbrüche Bayerns, so daß das Unternehmen jede Nachfrage befriedigen kann. Die Gemeinde Flossenbürg kann alles und in jeder Form liefern. Mindestens 1 Million Kubikmeter Steine liegen zur Gewinnung schon frei. Wenn nur die übrigen privaten Arbeitgeber sich mit dem Unternehmen der Gemeinde noch verstehen könnten, dann wäre der Aufwärtsentwicklung der einheimischen Steinindustrie, an der die Existenz so vieler Arbeiter hängt, nichts mehr in den Weg gelegt. Die Schmutzkonkurrenz würde von selbst ersticken und die anständige Industrie blühen und gedeihen. — Wer das Granitvorkommen in Flossenbürg aus eigener Anschauung kennt, seine Mächtigkeit und die eigenartige Plattenbildung, dabei fast kein Ablauf, der wird zugeben müssen, daß hier jeder Bedarf schnellstens befriedigt werden kann. Die gegenwärtige traurige Zeit für die Natursteinindustrie bleibt kein Dauerzustand. Bei richtiger Leitung und Umsicht, und mit der nötigen Energie hat der schon längst angebrachte Regiebetrieb der Gemeinde Flossenbürg sicherlich eine Zukunft. Er wird auch aufräumen können mit den in Floß und Flossenbürg seit längerem herrschenden ungesunden gesellschaftlichen Zuständen in der Granitindustrie, worunter nicht nur unsere Kollegen in der Oberpfalz zu leiden haben.

reichen wird. Die Arbeiter haben in solchen Dingen eine feine Nase und merken bald, ob die Sache sauber ist oder nicht.

Der „Bölkische Beobachter“ hebt zeitweilig mit großsprecherischer Reklame den Fortschritt der nationalsozialistischen Gewerkschaftsarbeit hervor. Es soll nach außen der Anschein erweckt werden, als wenn in den Betrieben alles toll nach Hitler geworden ist. Wieviel Nachläufer in Wirklichkeit Hitler in den Betrieben hat, darüber können die Führer der Nationalsozialisten Erkundigungen bei ihren Geldgebern einziehen. Die Geldgeber wären nicht so unzufrieden, wenn Hitler bei den Arbeitern mehr Erfolg haben würde. Ein großer Teil der Mitläufer wird übrigens zum Nachlaufen gezwungen, besonders auf den Gütern der ostdeutschen Jäger. Damit ist die Hitlerbewegung für die Arbeiter erledigt. Jeder Arbeiter sagt sich, daß eine solche Partei nicht die richtige ist. Wenn der Unternehmer sie fördert, muß die Sache einen Haken haben. Noch mehr Misstrauen ist berechtigt gegenüber Gewerkschaften, die von den Unternehmern gefördert werden. Jede Gewerkschaft muss doch schließlich sich ein klein wenig um die Interessen der Arbeiter kümmern; kann das aber eine Gewerkschaft, die von den Unternehmern aus der Taufe gehoben worden ist? Ja, sind etwa die Unternehmer an solchen Gewerkschaftsgründungen interessiert, von denen sie bekämpft werden? So dummkopf ist das deutliche Unternehmertum nicht. Man kommt so zu dem Ergebnis, daß die Hitlerische Zellenbauerei nichts weiter ist als ein Schlag gegen die Arbeiter. Mit dieser Zellenbauerei ist der erste Versuch gemacht worden, die um die Verbesserung ihrer Lebenshaltung schwierigende Arbeiterschaft in die Sklaverei zurückzuwerfen.

Die deutschen Gewerkschaften sind das Produkt der wirtschaftlichen Entwicklung. Sie wären niemals die große Bewegung geworden, wenn nicht das kapitalistische Ausbeuterystem ihren Bestand zu einer eheren Notwendigkeit gemacht hätte. Das kapitalistische Profitssystem hat sie erzeugt, und sie werden nicht heute und auch nicht morgen überwunden werden. Daraus wird ein Hitler und auch das Unternehmertum nichts ändern. Jede Bewegung erzeugt Gegenbewegung, und so war es nur eine aus der wirtschaftlichen Entwicklung heraus geborene Zwangsläufigkeit, daß die Gewerkschaften entstanden, wuchsen und größer wurden. Es ist gerade der besondere Vorzug der marxistischen Lehre, daß sie die Gewerkschaftsbewegung als Produkt der wirtschaftlichen Entwicklung erklärt. Der schamlosen, rücksichtslosen, oft unmenschlichen Ausbeutung durch den Kapitalismus im vorigen Jahrhundert stellten sich plötzlich die Gewerkschaften entgegen. Die Idee war geprägt, und sie entstanden ganz von selbst. Arbeiter kamen zusammen, sprachen miteinander, und siehe, sie hatten alle ein Leid. Man erkannte, daß nur der Zusammenschluß den Arbeitern die Macht verleiht, das furchtbare Ausbeutungssystem zu brechen. Und die Arbeiter bauten und bauten, legten Stein auf Stein, bis aus der kleinen Berufsgewerkschaft die mächtige Bewegung wurde, die zwar nicht alle Wünsche der Arbeiter erfüllen kann, aber der Ausbeutung doch Schranken gesetzt hat. Das passte den Unternehmern nicht, daher versuchten sie durch Gründungen von Wohltätigkeitsvereinen die Arbeiter an sich zu ziehen. Die Arbeiter sahen den Betrug und winterten ab. Die Unternehmer gingen auf die Suche nach solchen Arbeitern, denen der Schuh ganz besonders hart drückte und überredeten diese zur Gründung von „Gewerkschaften“. Die Arbeiter horchten auf, durchdrückten den Schwund und gingen weiter. Dann kam Hitler, sprach von „Sozialismus“, und die Unternehmer sahen den neuen Helfer und sprangen fröhlig ein. Doch ihr Geld wird vertan, und der Erfolg bleibt aus. Der neue Helfer versagt. Unzufriedenheit im Lager der Geldgeber, Drängen nach Taten, doch es geht nicht vorwärts.

Jeder Kenner der deutschen Arbeiterbewegung weiß, daß Hitler mit seinen Betriebs- und Berufszellen keinen Erfolg hat. Trotzdem wäre es verkehrt, die Wühlerie stillschweigend zu dulden. Die Arbeiterschaft neigt sehr leicht dazu, weil sie solche Minierarbeit nicht fürchtet, dennoch hemmt sie den Aufstieg der Bewegung, die Unternehmer seien Hoffnungen darauf und werden angriffsstark. Ihr rücksichtloses Vorgehen 1930/31 gegen die Löhne ist zum erheblichen Teil darauf zurückzuführen. Deshalb muß den nationalsozialistischen Zellenbauern das Handwerk gelegt werden. Die Gewerkschaften sind kein Tummelplatz für beschäftigungslose Militärs. Das muß laut und deutlich gesagt werden. E. R.

Die internationale Bauausstellung in Berlin

Die Gewerkschaften und deren Wirtschaftsbetriebe als Aussteller.

Auf dem Berliner Ausstellungsgelände ist eine Bauausstellung aufgebaut, die wohl zu den größten internationalen Veranstaltungen dieser Art gehört. Eine Riesenschau auf einer Gesamtfläche von 130 000 Quadratmetern. Die Länge der Ausstellungswände beträgt nicht weniger als 12 Kilometer, die Zahl der Ausstellungsgebäude 70. Neben Deutschland sind auf der Ausstellung durch charakteristisches Material über Städtebau und Wohnungswesen u. a. folgende Länder vertreten: Australien, Chile, Dänemark, England, Estland, Finnland, Italien, Jugoslawien, Österreich, Palästina, Polen, Schweiz, Spanien, Tschechoslowakei, Ungarn, Vereinigte Staaten von Nordamerika. Ferner haben einzelne Großstädte wie Wien, Paris, Stockholm, Riga, Budapest, und Delhi (Indien) Sonderausstellungen veranstaltet. In riesigen Schauobjekten wird die Entwicklung des Städtebaus und die voraussichtliche Gestaltung in der Zukunft zu zeigen versucht. Weiter werden die wirtschaftspolitischen Grundlagen des Städtebaus, die Ursachen der Stadtbildungen und Umbildungen

Totengräber der Gesellschaft

Zu Ibsens 25. Todestag.

Die alte bürgerliche Gesellschaft hat — wie Karl Marx das in genialer Weise als charakteristisch für alle gesellschaftliche Entwicklung feststellte, — die Keime zu ihrer Zertörnung bereits in ihrem eigenen Schoze entwickelt. Bedingt durch die Eigenart des kapitalistischen Produktionsprozesses schuf die bürgerliche Gesellschaft ihren ökonomischen Gegenatlas: das Proletariat. Sie entwidete in ihrem Schoze aber auch jene revolutionären Keime, die das Zerstörungswerk an dem idealen Ueberbau der Gesellschaft beginnen sollten. Sie erzeugte jene Kräfte, die die tief eingewurzelten Begriffe und Anschauungen in Wissenschaft, Religion, Kunst und Sittlichkeit zertrümmerten und ihre wahre Rolle aufdeckten; den Farnis abzugeben für die ökonomischen Verhältnisse in der Gesellschaft und ihr die Beweismittel für den ewigen Bestand und die Unabänderlichkeit des gegenwärtigen Rechtszustandes zu verleihen.

Bei der Differenziertheit des modernen Geisteslebens ist es begreiflich, daß die Zertrümmerung des ideologischen Ueberbaus der Gesellschaft nicht das Werk eines Menschen, das Werk einer Menschengeneration sein konnte. Die Arbeit vieler Geister hat hier als Sprengstoff gewirkt und wirkt noch tagtäglich auf diese Weise. Viele dieser Denker und Dichter sind oft ihrer gesellschaftlichen Bedeutung ganz und gar unbewußt geblieben. Die Weltgedichte verzeichnen öfter solch paradoxo Zufälle, daß sie Werken von Menschen revolutionäre Wirkungen verleiht, die ihrer gesamten geistigen Haltung nach eher als eine Übersteigerung des alten untergehenden gesellschaftlichen Prinzips aufgefaßt werden können.

Mit Ausnahmen gilt das auch für die großen literarischen Revolutionäre des 19. Jahrhunderts, deren Werk für die Weltliteratur von epochemachender Bedeutung war. Vier Namen müssen hier im Zusammenhang genannt zu werden: Dostojewski, Tolstoi, Zola und Ibsen.

Der Norweger Henrik Ibsen, seit dessen Tode am 23. Mai 25 Jahre verflossen sind, hat der Gesellschaftskritik im modernen Drama den Weg gebahnt. Henrik Ibsen ist am 20. März 1828 in Skien, einer norwegischen Küstenstadt, geboren. Kleinbürgerlicher Herkunft, ist er zunächst für den Apothekerberuf bestimmt. Nach kurzem medizinischen Studium sehen wir jedoch den vierundzwanzigjährigen bereits als Dramaturgen an einem Theater in

Bergen tätig. Fünf Jahre später wirkt er in der gleichen Position am Theater in Christiania. In diesen Jahren schreibt Ibsen eine Reihe von Dramen, die ihm aber nur geringe Erfolge einbringen. Ibsens Jugendwerke sind von dem Wunsche diktiert, dem norwegischen Volke eine eigene nationale Literatur zu schaffen, der gleichen Aufgabe, der sich auch Ibsens Studienfreund Björnstjerne Björnson mit ungleich größerem Erfolg unterzieht. Ibsen sucht diese Aufgabe zunächst sprachlich zu meistern, während er sich stofflich noch ganz im Fahrwasser der allgemeinen nordischen Literatur bewegt, die bis dahin nur ein Abfall der deutschen Romantik gewesen ist. In der reichen Sagenwelt seiner Heimat findet Ibsen den Stoff zu seinen Jugenddramen, die er, als ihn seine spätere künstlerische Entwicklung in andere Bahnen führt, sämtlich verwirft. Der erste entscheidende Wendepunkt seiner künstlerischen Arbeit ist das Drama „Komödie der Liebe“. Es ist sein erstes Werk, das ein Stück Gegenwert dramatisch gestaltet. Ideal und Wirklichkeit der bürgerlichen Ehe werden kritisch unter die Lupe genommen und die Heuchelei gebrandmarkt, die sich hinter dieser gesellschaftlichen Einrichtung verbirgt. Die Wahtheit aber kann die bürgerliche Welt weder auf der Bühne, noch sonstwie vertragen, deshalb verfällt das Stück der Ablehnung. Nur mit Mühe gelingt es, dem Dichter ein Reisestipendium zu verschaffen, und innerlich voller Groll verläßt der Dichter seine Heimat, um erst nach drei Jahrzehnten als der nunmehr auch von seinem Volke anerkannte unsterbliche Künstler wiederzukehren.

Nach kurzem Aufenthalt in Deutschland reist Ibsen nach Rom, wo die Schaffenszeit des Dichters beginnt, die seinem Werk eine über den nationalen Raum Norwegens wachsende Bedeutung zuweisen wird. Zwar sind es nationale Beweggründe und Probleme, die den Dichter zu den beiden großen in seiner römischen Zeit geschaffenen Dramen „Brand“ und „Peer Gynt“ antreibt. Letzteres Werk hat man auch den „nordischen Faust“ genannt. In ihm hat der Dichter seinem Volke ein grandios kritisches Spiegelbild vor gehalten. Das Urbild des standesbewußten Menschen lebt in der Gestalt des Peer Gynt, eines Menschen, der aus langer Halbheit zusammengetragen, voll phantastischer und großsprechlicher Pläne ist, die aber bei der fehlenden festen geistigen und sittlichen Grundlage niemals realisiert werden können. Diesen Peer Gynt — seine Nation — will der Dichter radikal umgeformt wissen.

Vom Jahre 1868 an lebt Ibsen in Deutschland, zunächst in Dresden, dann in München. Hier entstehen die großen Gesellschaftsdramen, die Ibsens Namen Weltruhm verleihen und seinen Platz in der Geschichte der Weltliteratur entscheidend bestimmen. Aus dem Kritiker seiner Nation wird der große Gesellschaftskritiker Ibsen.

bedingungen mit der modernen kapitalistischen Rationalisierung sowie des technischen Fortschritts in Einklang zu bringen. So spielt die Forderung der Vierzigstundenswoche eine bedeutende Rolle bei den Forderungen der Gewerkschaften, doch machen die Unternehmer dagegen die größten Schwierigkeiten. Sie wollen aus dem wirtschaftlichen Fortschritt fließenden Mehrwert vollständig in ihre eigenen Taschen stecken. Keinerlei Konzessionen in dieser Hinsicht machen. Im übrigen waren die im nationalen Schiedsgericht aufgestellten neuen Bedingungen nicht restlos auf Lohnabbau eingeteilt. Die neue Städtegruppenstaffel setzte sogar höhere Löhne für die erste Städtegruppe fest. Der eigentliche Lohnabbau war den sowieso schon schlechter gestellten ungelerten und angeleerten Arbeitern zugedacht. Auch waren die Tiefbauarbeiter empfindlich getroffen worden.

In der Abteilung „Das Bauwerk unserer Zeit“ bringen die Wohnungsfürsorgegesellschaften ihre Wirksamkeit in Modellen und Photomontagen anschaulich zur Geltung. Die Stadt Berlin zeigt an Hand von Modellen und Zeichnungen einen Überblick über die bedeutsamsten Arbeiten ihrer Bautätigkeit. Der Bund deutscher Architekten zeigt bedeutsame Arbeiten von 150 seiner Mitgliedern. In der Abteilung „Die Wohnung unserer Zeit“ vermischen wir ein tieferes Eingehen auf das Wohnungsproblem der arbeitenden Bevölkerung. Aber sonst ist ein großer Ideenreichthum hier zu finden. Die Abteilung „Das neue Bauen“ ist so vielseitig, daß man darüber mehrere Abhandlungen bringen könnte. Wir wollen uns mit einigen Stichworten begnügen: Die Verwendung des Holzes als Baustoff, Dachkonstruktionen und Dachdeckungen, Stein, Glas, Installationen, Heizung, Ofen, Schallisolierstoffe usw. Die Verwendungsmöglichkeiten des Stahls als Baustoff werden in mannigfalter Form demonstriert. Alles, was nur irgendwie mit der Bautätigkeit und dem Wohnungswesen zusammenhängt, kann den Besucher der Ausstellung in Augenchein nehmen. Das zudem getragene Material ist geradezu riesenhaft. Auf dem Freigelände sind Wohnungen und Häuserbauten der verschiedensten Art errichtet. Die Abteilung „Der ländliche Siedlungsbau“ umfaßt 22 Dauergebäude, die auch in den nächsten Jahren Ausstellungszwecken dienstbar gemacht werden sollen. Des ferneren sind zu sehen Wochendhäuser, Stahlhäuser, Krähne, Bagger, Bau maschinen, Beförderungsmittel usw. Eine Liliputbahn durchfährt das Baugelände. Bemerkenswert sind noch zwei Wohnhäuser, die mit Kupferblech bekleidet sind. Diese beiden Häuser werden von den Besuchern viel beachtet. Es liege sich noch sehr viel über die Riesenschau auf dem Berliner Ausstellungsgelände sagen, doch wollen wir es mit dem bisher Geagten genügen sein lassen.

Nicht vorübergehen dürfen wir an den Ausstellungen der Gewerkschaften und der ihnen nahestehenden Organisationen und Wirtschaftsbetriebe. Als Aussteller treten auf der Deutsche Baugewerbsbund in Verbindung mit einigen an der Bauwirtschaft besonders interessierten Verbänden und Wirtschaftsbetrieben der Gewerkschaften: Dewog (Deutsche Wohnungs fürsorge A.G. für Beamte, Angestellte und Arbeiter), Verband sozialer Baubetriebe, Arbeiterbank und Hannoversche Bodenreditbank. Vertreten sind ferner der Butab, Werkmeisterverband und der Keramische Bund. Künstlerisch betreut ist die Kollektivschau der Gewerkschaften durch Prof. Gropius. Dem Besucher wird in der Kollektivschau der Gewerkschaften nahezubringen verucht, welche planvolle Arbeit die von den Gewerkschaften getragenen Körperchaften zur Erhaltung und Erweiterung des Lebenraumes und der Kultur der werktätigen Bevölkerung beizutragen bemüht sind.

Wir begnügen uns auch hier mit einigen Andeutungen. Der Städtebau und das Wohnungswesen sind eine Angelegenheit für jedermann. Deshalb sollte jeder Arbeiter, Angestellte und Beamte, der irgendwie dazu in der Lage ist, diese Ausstellung besuchen. Sie ist geöffnet bis zum 2. August.

Nicht vorübergehen dürfen wir an den Ausstellungen der Gewerkschaften und der ihnen nahestehenden Organisationen und Wirtschaftsbetriebe. Als Aussteller treten auf der Deutsche Baugewerbsbund in Verbindung mit einigen an der Bauwirtschaft besonders interessierten Verbänden und Wirtschaftsbetrieben der Gewerkschaften: Dewog (Deutsche Wohnungs fürsorge A.G. für Beamte, Angestellte und Arbeiter), Verband sozialer Baubetriebe, Arbeiterbank und Hannoversche Bodenreditbank. Vertreten sind ferner der Butab, Werkmeisterverband und der Keramische Bund. Künstlerisch betreut ist die Kollektivschau der Gewerkschaften durch Prof. Gropius. Dem Besucher wird in der Kollektivschau der Gewerkschaften nahezubringen verucht, welche planvolle Arbeit die von den Gewerkschaften getragenen Körperchaften zur Erhaltung und Erweiterung des Lebenraumes und der Kultur der werktätigen Bevölkerung beizutragen bemüht sind.

Wir begnügen uns auch hier mit einigen Andeutungen. Der Städtebau und das Wohnungswesen sind eine Angelegenheit für jedermann. Deshalb sollte jeder Arbeiter, Angestellte und Beamte, der irgendwie dazu in der Lage ist, diese Ausstellung besuchen. Sie ist geöffnet bis zum 2. August.

„Der Teufelszahn des internationalen Lohnabbaues ist in vollem Gange. Aus Deutschland kommt die Nachricht, daß die Metallarbeiter sich durch Schiedsspruch einem Abbau von 8. v. H. beugen mußten.“

Boller Freude berichtet der Berliner Korrespondent des „Daily Telegraph“: „... das ist der erste entscheidende wie exemplarische Schritt zur Verringerung der Produktionskosten in Deutschland. Sollte sich der Schritt voll auswirken können, so würde Deutschland der mächtigste Konkurrenzgänger der Engländer auf dem internationalen Markt werden.“

Aus diesen Worten erkennt man die geradezu wahnsinnige Politik der internationalen Unternehmerpresse, die erst den Alarmruf erlösen läßt: Wir können wegen der zu hohen Löhne nicht konkurrenzieren! Werden dann mit Rücksicht hierauf die Löhne gesenkt, so operiert man auch in den anderen Ländern mit demselben Argument. So entsteht eine Schraube ohne Ende. Aufgabe der internationalen Gewerkschaftsbewegung ist es, diesem bösen Spiel den Garas zu machen. Witz.

Reichstagswahl für Krisenunterstützungsempfänger

Mit Schreiben vom 9. 3. 31, Geschäftszeichen III 677/31, Beilage zum Arbeitsmarktanzeiger Nr. 6, Seite 26/31 gibt der Präsident der Reichsanstalt einen Bescheid des Reichsarbeitsministers vom 2. 3. 31 zur Kenntnis, der folgenden Wortlaut hat:

„Nach Artikel 1 Abs. 2 der Verordnung über Krisenfürsorge für Arbeitslose vom 11. 10. 30 (Reichsarbeitsblatt S. 1, 219) ist bei der Berechnung der Krisenunterstützung von der Lohnklasse auszugehen, in die der Arbeitslose nach § 105 Abs. 1 des Gesetzes über Arbeitsermittlung und Arbeitslosenversicherung gehört. Eine doppelte Herabsetzung zuerst nach den Vorschriften der Paragraphen 105a und 107a des Gesetzes über A.B.A.B.G. und dann nach Artikel 1 Abs. 2, Nr. 1 und 2 der Verordnung über die Krisenfürsorge für Arbeitslose findet demnach nicht statt.“

Nach dieser Verordnung kann nunmehr Arbeitslose, denen die Arbeitslosenunterstützung in der Hauptunterstützung nach § 105a gekürzt war, nach ihrer Aussteuerung und Gewährung der Krisenunterstützung letztere in der Hauptunterstützung nicht mehr gekürzt werden.

Das erste Drama dieser Schaffensperiode ist „Stühlen der Gesellschaft“. In ihm übt Ibsen schärfste Kritik am herrschenden Großbürgertum, das den Grad der menschlichen Qualität nach seiner finanziellen Leistungsfähigkeit bestimmt, das in seinem grenzenlosen Gewinnstreben selbst das Lebens der Mitbürger nicht achtet. Die Einrichtungen der bürgerlichen Gesellschaft: Geschäft, Ehe, Familie, staatliche Gemeinschaft, äußerlich wohl geordnet, sind innerlich hohl und verlogen. Wahrheit und Freiheit sind die wahren Stühlen der Gesellschaft“, sagt Ibsen und enthüllt damit sein soziologisches Glaubensbekenntnis, das uns die Grenzen seiner revolutionären Ideologie anzeigt.

An dem Schicksal der Nora Helmer im Drama „Ein Puppenheim“ führt uns Ibsen die Tragödie der Frau in der vollständig vom männlichen Typus beherrschten bürgerlichen Gesellschaft vor Augen. In ihr führt die Frau lediglich das Dasein einer Puppe, sie ist zum Schau- und Lustobjekt des Mannes prädestiniert. Die eheliche Gemeinschaft beruht auf der völligen geistigen, seelischen und körperlichen Unterordnung der Frau unter die Männlichkeit des Mannes. Die erste aus eigner Verantwortung durchgefahrene und aus ihrer Frauart gewachsene selbständige Handlung zeigt Nora, daß sie in der männlichen Gesellschaft nie ein Verstecken finden und die Anerkennung ihrer Persönlichkeit erringen wird. Die einzige mögliche Lösung dieses Konflikts ist der radikale Bruch mit der Vergangenheit, die Lösung der Ehe. Tapfer und entschlossen geht Nora diesen Weg.

Das nun folgende Drama Ibsens „Gespenster“ ist im Zusammenhang mit dem Drama „Nora“ zu sehen. Anders wie Nora Helmer sucht Helene Alving ihrem Schicksal zu begegnen, das sie in die Ehe mit einem durch und durch versteckten Manne geführt hat. Aus folichen moralischen und konventionellen Bedenken harrt sie auf in den Fesseln, die ihr die Gesellschaft gejämmed und büßt in dem Schicksal ihres Kindes, dem die Krankheit vom Vater ins Blut gepflanzt ist, ihre Konsequenz.

Es würde den Rahmen dieser Arbeit überspannen, die späteren Dramen Ibsens noch in gleicher Weise zu betrachten, die auch nach unserer Wertungsmethode bereits in dem nun folgenden Drama „Ein Volkseind“ einen Abstieg bedeuten. Auch an Ibsen erfüllt sich das Schicksal vieler moderner bürgerlicher Dichter, die zwar mit unübertrefflicher Meisterschaft die Schäden innerhalb der Gesellschaft entdecken und darstellen, denen es aber nicht gegeben ist, den ökonomischen Charakter des gesellschaftlichen Niederganges zu erkennen, um aus der Erkenntnis des ökonomischen Umwandlungsprozesses die Notwendigkeit des Anschlusses an den Kampf der proletarischen Klasse abzuleiten. W. H. S.

Notschrei aus der Granitindustrie der Gemeinde Fürstenstein (Bayerischer Wald)

Am 6. Mai 1931 veranstalteten in Fürstenstein, im Gasthaus Hain, der Gemeinderat Fürstenstein, die Granitindustriellen und die arbeitslosen Arbeiter der Granitindustrie eine Versammlung, die sich zu einer mächtigen Kundgebung für die Wiederbeschäftigung in der Granitindustrie gestaltete.

Der Vorsitz in dieser Versammlung führte unser Zahlstellenvorsteher, Kollege Franz Ellinger, Fürstenstein. Er konnte in seinen einleitenden Worten seine Befriedigung zum Ausdruck bringen, daß auf diese Einladung hin die Arbeiter und die übrigen Interessenten in so überaus zahlreicher Weise erschienen waren, so daß die sehr geräumigen Lokalitäten des Gasthauses Hain die Mäßen kaum zu fassen vermochten. Die Not ist in unserer Reihe so groß geworden, daß wir an die Dessenlichkeit gehen müssen, um nicht nur die maßgebenden, sondern alle Volkskreise auf diese Not aufmerksam zu machen.

Herr Kreisrat Rendl, Fürstenstein, war gebeten, über die Möglichkeit der Wiederbeschaffung von Arbeit in der Granitindustrie zu referieren. Einleitend wies der Referent darauf hin, daß die Not der Arbeiterschaft in unserer Gemeinde auch die Not der Geschäftsleute sei, daß die Sorgen, die heute die Arbeiterfamilien drücken, auch die Sorgen der übrigen Volkschichten der Gemeinde sind. Er schilderte dann die Bemühungen verschiedener Kreise des Bayerischen Waldes, um bei maßgebenden Stellen Gehör und Verständnis für die Notlage der Granitindustrie des Bayerischen Waldes zu finden. Den Bemühungen des Landesbürgerrats Bayern, der Großstadtpräse und insbesondere auch der Presse der bayerischen Ostmark für ihre unzureichende Arbeit wurde volles Lob gejollt. Die Granitindustrie, 100 Jahre alt, hatte vor dem Krieg ihr Absatzgebiet in Österreich. Früher waren durch eine stabile Beschäftigung Kriegen in der Granitindustrie fast ausgeschlossen. Nach der Inflation, als die Reparationslieferungen auch der Granitindustrie Beschäftigungsmöglichkeiten verschafften, hatte die Arbeiterschaft des Bayerischen Waldes, soweit sie in Granitgebieten anlastig war, bis zum Jahre 1928 Arbeits- und Verdienstmöglichkeit. Nach Annahme des Youngplanes veränderte sich die Lage, und von Monat zu Monat wurden die Aufträge für die Granitindustrie geringer, bis im Frühjahr 1930 die katastrophale Auswirkung in Erscheinung trat. Seit dieser Zeit bemühen sich Kreise im Inland, um die Baubehörden und insbesondere die Oberste Baubehörde für die Granitindustrie zu interessieren. Die Bayerische Oberste Baubehörde, in deren Händen das gesamte bayerische Straßenbauwesen liegt, hat bis jetzt nicht in ausreichender und befriedigender Weise der Forderung nach Erhöhung der Auftragsquote Rechnung getragen. Es muß mit Bedauern festgestellt werden, daß in Bayern überwiegend mit Teer und Asphalt die Straßenbeläge hergestellt werden, was auf die Dauer vom volkswirtschaftlichen und Rentabilitätsstandpunkt aus nicht vertretbar ist. Die Granitindustrie hat in wiederholten Besprechungen und Verhandlungen mit den obersten Stellen in Bayern darauf hingewiesen, daß eine Umstellung der Straßenbauweise in Bayern nicht nur vom staatspolitischen Standpunkt aus notwendig ist, sondern daß auch volkswirtschaftlich die gegebene Straßenbauweise die Kleinplasterstraße ist. In wiederholten Angeboten an die oberste Baubehörde haben sich verschiedene Firmen der Granitindustrie bereit erklärt, den Quadratmeter Kleinplasterstraße für und fertig im vorigen Jahr um 10 Pfund und heuer noch um ein Wesentliches billiger zu liefern. Wenn nun Kunsträder, die höchste Lebensdauer von 3 bis Jahren aufweisen, 4 bis 5 Pfund kosten, eine Asphaltdecke 7,5 Pfund pro Quadratmeter kostet und eine Lebensdauer von rund 8 Jahren aufweist, eine Kehrschuhdecke 4,8 Pfund mit einer Lebensdauer von vielleicht 3 bis 4 Jahren, die Kleinplasterstraßen 8 bis 9 Pfund kosten und deren Lebensdauer selbst nach Angaben des Herrn Ministerialrats Böhning 35 bis 50 Jahre ist, so ist es selbst für einen Laien, der nicht vom technischen Gewissen beeinflußt ist, nicht sehr schwer, den wirtschaftlichen Vorteil der Kleinplasterstraße zu errechnen. Man befürchtet, wenn unsere Straßen in Bayern restlos mit Teer- und Asphaltstraßen einmal ausgebaut sind, daß dann später die oberste Baubehörde zur Verfügung stehenden Geldmitteln nur mehr zu Reparaturen ausreichen. Eine weitere Gefahr besteht darin, daß durch das Vorgehen der bayerischen obersten Baubehörde außerhalbischer Staaten, wie Württemberg, die bis vor ein paar Jahren überwiegend für die Herstellung ihrer Staatsstraßen Pflaster aus dem Bayerischen Wald bezogen, von ihrer früheren Straßenbauweise abweichen infolge der Hinweise auf Bayern, dem Produktionsland für Granit, und damit das Ansehen der Granitindustrie des Bayerischen Waldes schwer geschädigt wird. Es muß möglich werden, durch die Wiederbelebung der Granitindustrie als Schlüsselindustrie die gesamte Wirtschaft des Bayerischen Waldes wieder in Schwung zu bringen. Wenn Bayern und Reich den festen Willen haben, die Pflastersteinindustrie wieder anzufeuern, und wenn der Wille sich praktisch verwirklicht — in der Bayerischen Industrie- und Handelszeitung ist in einer längeren Darlegung eine praktische Regelung vorgeschlagen —, so profitiert nicht nur die Granitindustrie, sondern auch alle übrigen Wirtschaftsstände davon.

Nicht nur das rein wirtschaftliche Moment verlangt eine bessere Berücksichtigung der Granitindustrie, sondern auch das staatspolitische. Die bayerische Ostmark ist heute unter einem wesentlich anderen Gesichtspunkt zu beurteilen wie vor 15 Jahren. Mit der Forderung, nicht zu erlahmen, sondern immer wieder die Werte der Granitindustrie des Bayerischen Waldes nach außen hin zu vertreten, schloß der Redner seine Ausführungen, die mit großem Beifall belohnt wurden.

In der Diskussion sprach zunächst als Vertreter der Granitindustrie Herr Steinbach. Er unterstrich die Ausführungen des Referenten und sprach sein Bedauern aus, daß der Bayerische Wald so wenig Unterstützung finde. Ganz besonders vermisste er die parlamentarische Vertretung und verlangte für die Vertretung des Bayerischen Waldes in Zukunft Leute, die aus der Wirtschaft stammen und die mit den wirtschaftlichen Verhältnissen des Bayerischen Waldes vertraut sind. — Der Sprecher der Arbeiter, Bezirksleiter Kollege Haubner, sprach von den Bemühungen seiner Gewerkschaft und unterstrich, daß hier Arbeitgeber und Arbeitnehmer gemeinsam vorgehen müssen, da die Lebensinteressen nicht nur der Industriellen, sondern auch der Arbeiter gefährdet sind. Die eindrucksvolle Versammlung wurde dann mit Worten des Dankes an die so zahlreich Erschienenen geschlossen.

Nachstehende Resolution soll den in Betracht kommenden Stellen unterbreitet werden:

Am Mittwoch, den 6. Mai 1931, wurde im Gasthaus Hain zu Fürstenstein eine Versammlung einberufen, veranstaltet von dem Gemeinderat Fürstenstein, den Vertretern der Granitindustrie und den erwerbslosen Steinarbeitern, die zu einer mächtigen Kundgebung sich gestaltete und in der erneut die Forderung nach Arbeit und Verdienstmöglichkeiten in der Steinbruchindustrie erhoben wurde.

Die Gemeinde Fürstenstein ist der Mittelpunkt der gesamten Granitindustrie des Bayerischen Waldes und sind in der Gemeinde Fürstenstein bis zu 90 Prozent der Arbeiter nur in der Granitindustrie beschäftigt.

Mit Entrüstung wurde festgestellt, daß die bayerische oberste Baubehörde bisher bei der Vergabe von Aufträgen für den Straßenbau die Granitindustrie des Bayerischen Waldes in keineswegs befriedigender Weise berücksichtigt hat.

Die in der Gemeinde Fürstenstein seit mehr als Jahresfrist arbeitslos gewordenen Arbeiter der Granitindustrie erheben hiermit erneut vor aller Dessenlichkeit die Forderung, es möchten das

bayerische Staatsministerium des Innern sowie die oberste Baubehörde unverzüglich geeignete Schritte unternehmen, die die Arbeitsbeschaffungsmöglichkeit noch vor diesem Sommer in Aussicht stellen. Die Stimmung in den Reihen der Arbeiterschaft, die in dieser Versammlung elementar zum Ausdruck gekommen ist, verlangt, sollen nicht wichtige, staatspolitische und soziale Werte vernichtet werden, sofortige Knangriffnahme des Arbeitsbeschaffungsprogramms für die Granitindustrie des Bayerischen Waldes.

Die Arbeiter der Gemeinde Fürstenstein sowie die Industriellen sind überzeugt nach Kenntnis des Straßenausbauprogramms der obersten Baubehörde, daß bei gutem Willen und bei Umstellung der bisherigen Straßenausbauweise die Granitindustrie der bayerischen Ostmark wieder befriedigende Beschäftigung finden kann.

Auf Beschuß des Gesamtvorstandes findet im gesamten Verbandsgebiet in der Woche vom 1. bis 6. Juni 1931 eine

allgemeine Bücher-Kontrolle

statt. Die in Arbeit stehenden Kollegen nehmen eine gegenseitige Kontrolle der Mitgliedsbücher in den Betrieben vor.

Die arbeitslosen Kollegen kontrollieren sich am zweckmäßigsten auf der Stempelstelle.

Die Kontrolle der kranken Kollegen wird den Ortsverwaltungen überlassen.

Mitgliedsbücher, die sich im Gewahrsam der Kassierer befinden, müssen den Mitgliedern zur Kontrolle ausgehändigkt werden.

Über das Ergebnis der stattgefundenen Kontrolle ist von den Ortsverwaltungen an den Verbandsvorstand zu berichten.

Der Verbandsvorstand

Wir erwarten, daß der Notschrei unserer heutigen Kundgebung nicht ungehört verhallt und bei den maßgebenden Stellen in Bayern sowohl wie im Reich der furchtbare Ernst der Not der Steinindustrie des Bayerischen Waldes endlich einmal richtig erkannt wird und volle Beachtung findet und umgehend geeignete Schritte unternommen werden, diese Not zu beheben. Wir wiederholen noch einmal die großen Gefahren, die in der Nichtbeachtung dieses Notschreies liegen.

Ein empfehlenswerter Arbeitgeber

Herr Strutz, der in Wernigerode a. Harz ein Grabstein-Geschäft betreibt, ist vor dem Halberstädter Arbeitsgericht ein häufiger Gast. Dieser Herr scheint, wie so viele seiner Art, der Meinung zu sein, daß das „Dritte Reich“ nicht mehr allzu fern ist, wo es Tarifverträge und sonstige Schutzbestimmungen für die Arbeiter nicht mehr gibt.

Ein Steinmaler mußte jetzt die Hilfe des Arbeitsgerichts in Anspruch nehmen, weil ihm Herr Strutz statt der zulässigen sieben Prozent „nur“ 16 Prozent vom Lohn abgezogen hatte. Trotz aller Befehlungen seitens des Vorstandes sowie des Vertreters unserer Organisation konnte und wollte der Beklagte nicht einsehen, daß er im Unrecht war. Wie es seine Art ist, wurde er bei den Verhandlungen recht ausfallend und schimpfte, was das Zeug halten wollte auf unsere Organisationsvertreter, auf das Gericht und auf den Kläger. Außerdem hatte er sich einen kleinen Trick ausgedacht, um aus der Klemme zu kommen. Er meinte nämlich, das Arbeitsgericht sei für diese Sache gar nicht zuständig, sondern eine Schlichtungskommission. Der Vorstand lehrte ihn aber, daß er auf dem Holzweg sei. Da aber alle Befehlungen und Ermahnungen fruchtlos waren, erklärte der Beklagte schließlich, der Kläger sei kein vollwertiger Arbeiter, und er werde ihm einfach kündigen. Es steht Herrn Strutz zwar frei, diesen Versuch zu unternehmen, aber er durfte ihm schlecht bekommen, denn da der Kollege Kriegsbeschädigter ist, hat die Fürsorgestelle hier ein wichtiges Wort mitzusprechen, und die läßt in solchen Dingen nicht mit sich sprachen. Da eine Einigung unmöglich war, wurde die Sache der Kammer überwiesen. Das Arbeitsgericht wird diese famose Herrn den Standpunkt schon normieren.

Zur Charakterisierung dieses Herrn sei noch erwähnt, daß am gleichen Tage noch eine Klage gegen ihn schwelte. In diesem Falle hatte eine Provisionsreisende das Gericht um Hilfe erjuchen müssen. Diese Reisende hatte er ebenfalls in einer äußerst schändlichen Weise ausgenutzt. Nachdem sie ihm zahlreiche gute Aufträge gebracht hatte, weigerte er sich, die versprochenen 10 Prozent Provision zu zahlen und wollte sie mit 5 Prozent absprechen. Über das schändliche Verhalten des Herrn Strutz, der die Klägerin in gemeiner Weise anpöbelte, war selbst der Arbeitgeberbeirat außerordentlich empört. Diesem Herrn muß und wird auch Raison beigebracht werden.

F. S.



Verbandstreue

Im Monat April konnten in nachstehenden Orten die genannten Kollegen auf eine ununterbrochene 25jährige Mitgliedschaft in der Gewerkschaft zurückblicken. In

Annaberg: Arno Süß.

Erzhausen: Christoph Thomas.

Gelsenkirchen: Peter Stadsholt, Jens Jensen, Johann Jänsch, Johann Heel, Wilhelm Mathiesen, Theodor Baumann, Johannes Tietje, Christoph Paulsen, Otto Paul.

Frankfurt a. d. Oder: Gustav Schmidt I., Gustav Schmidt II., Artur Thomas, Oskar Wegener, Paul Lehmann.

Hamburg: Hermann Georg, August Wölky, Heinrich Barnelow.

Harburg: Emil Kirchner.

Hemsbach: Joseph Jobst, Fritz Lange.

Kirchhausen (Bezirk Hemsbach): Georg Antes, Michael Lembacher, Johann Enzinger.

Kirchberg: Alois Bopida, Alois Heimerl, Max Thomas, Paul Bönsch, August Döring, Gustav Heinle, Paul Hilscher.

Kamenz: Karl Liese, Hermann Dorn, Ernst Nißlach.

Liegnitz: Ernst Urban, Max Knobloch.

Lüneburg: Wilhelm Stute.

Strehlen: Karl Silber.

Den genannten Verbandsmitgliedern zu ihrem gewerkschaftlichen Ehrentage nachträglich die besten Wünsche. Möge es ihnen vergönnt sein, noch recht lange in unseren Reihen zu weilen zu Nutzen und Frommen der jüngeren Generation.

Aus der Oberpfalz

Anlässlich der von der Zahlstelle Niederlamitz am 2. Mai zu Ehren der dem Verbande 25 Jahre angehörenden Kollegen veranstalteten Feier segte die Gauleitung, die Anwesenheit eines Vertreters vom Verbandsvorstand benutzend, für die beiden Zahlstellen Floß und Flossenbürg Versammlungen an.

Eine solche fand am 3. Mai in Flossenbürg und am 4. Mai in Floß statt. Der Besuch war bestredig. Kollege Neu Müller vom Verbandsvorstand behandelte dort in einem Vortrage die Ursachen der Wirtschaftskrise und zeigte die für uns Steinarbeiter zu ziehenden Lehren. In Abbruch dessen ist es ganz unverständlich, daß noch so große Teile der Steinarbeiter ihrer zustehenden Organisation, dem Steinarbeiterverband, fernstehen. Die besondere Aufmerksamkeit sowie der starke Beifall, den die Anwesenden den Ausführungen zollten, bewies das volle Einverständnis mit der Verbandsleitung. — Im weiteren wurden die örtlichen Verhältnisse einer scharfen Kritik unterzogen. Die langanhaltende wirtschaftliche Depression, die neben den übrigen baugewerblichen Industrien ganz besonders auch die Steinindustrie betrifft, hat auch die dortige ziemlich günstig gelegene Granitwerksteinindustrie in Mitleidenschaft gezogen. Das Fernstehen von der Organisation eines großen Teiles der dortigen Steinarbeiter hat bereits sehr nachteilige Folgen gezeigt. Der von der Brünigegierung eingeleitete Lohnabbau, der für dieses Gebiet bereits im November 1930 einen wesentlichen Abbau der Tariflöhne mit sich brachte, genügt den dortigen Unternehmern noch nicht. Diese betreiben eine Schuhkonturen schlimmster Art, die sie auf dem Rücken der Steinarbeiter austragen. Ganz raffiniert und schlau geht dabei der Unternehmer Stich in Floß vor. Benannter, ein früherer Verbandskollege und in Kollegenkreisen von damals als Radikalinsti bekannt, versuchte mittels eines Schreibens an die Gauleitung unserer Lokalverwaltung, die Schuld an der so kräftig betriebenen Schuhkonturen der Unternehmer zuzuschreiben. Die in diesem Schreiben aufgestellten Behauptungen widersprechen der Wahrheit. Wenn dort der Meister Stich sich als unzulässig bei der untertariflichen Entlohnung hinstellt, so entspricht dieses nicht den Tatsachen. Es ist allgemein bekannt, daß dieser Unternehmer bereits im Vorjahr von einer Firma zur anderen ging und diese aufforderte, einen willkürlichen 18prozentigen Lohnabbau vorzunehmen. Beweismittel stehen zur Verfügung!

Nach dem Stimmbild der Versammlung zu schließen, werden sich unsere Kollegen von dem Unternehmer dieses Unternehmers nicht beirren lassen und eine weitere Sammlung der dortigen Steinarbeiter in unserem Verband betreiben. An die unorganisierten Steinarbeiter geht der Appell, ihren begangenen Fehler dadurch wieder gutzumachen, indem sie dem Steinarbeiterverband wieder beitreten. Je eher dieser Schritt getan wird, desto schneller wird dem jetzigen Abwärtsgleiten der Lohn- und Arbeitsbedingungen ein wirksamer Damm entgegengesetzt. Dann dürfte die willkürliche Zeit vorbei sein, und die Unternehmer werden das Risiko ihrer Schuhkonturen selbst zu tragen haben.

In nächster Zeit wird eine weitere Versammlung stattfinden, in welcher der früher dort beschäftigte gewesene und jetzige Gauleiter von Schleiden, Kollege Senft, anwesend sein wird. Zum Besuch dieser Versammlung müssen schon heute die Steinarbeiter dieses Gebietes mobil gemacht werden.

Hohburg. In Nr. 18 des „Steinarbeiter“ wurde im Versammlungsbericht darauf hingewiesen, daß die Maifeier in diesem Jahre wieder gemeinsam mit den Parteien stattfindet. Die Zahlstellenverwaltung hatte mich erucht, die Festrede zu übernehmen. Diese Einladung nahm ich ohne weiteres an, weil ich dort schon vor zwei Jahren zur gemeinschaftlichen Maifeier gesprochen habe, die auch einen würdigen Verlauf nahm.

Doch mit des Gelächters Mächten ist kein ewiger Bund zu flechten. Kurz vor Schluß meiner Ausführungen wollte ich noch die Notverordnung streifen. Kaum hatte ich den Satz gepronkt, daß die Notverordnung gegen die Mordherrschaft der Nazi eine Notwendigkeit war, — setzte der KPD-Jugend-Sprecher mit wütendem Gebrüll ein: „Schluß, Schluß, der verteidigt ja die Notverordnung!“ Meins weiteren Ausführungen, daß wir die Auslegung der Notverordnung gegen die Kulturorganisationen auf das schärfste verurteilen, konnte bei dem Gebrüll überhaupt nicht mehr zu Gehör kommen. Noch nie ist mir so deutlich jene Strophe aus dem Sozialistennmarsch zum Bewußtsein gelommen wie bei dieser Maifeier:

Den Feind, den wir am tiefsten hassen,
der uns umlagert schwarz und dicht,
das ist der Unverstand der Massen,
den nur des Geistes Schwert durchbricht!

Die Zahlstellenverwaltung von Hohburg wird aber in Zukunft eine gemeinsame Maifeier mit der KPD ablehnen müssen; denn die von dort bei jeder Gelegenheit gepräsene „Einheitsfront“ ist nur Phrase, die auf Ungezogene und Unerfahrene wirken soll. Th. K.

Elbing. Am 6. Mai wurde die gut besuchte Monatsversammlung vom Kollegen Collin eröffnet. Tagesordnung: 1. Verlesung des Protokolls. 2. Abrechnung vom 1. Quartal. 3. Lohnverhandlung und Abstimmung über den Schiedspruch. 4. Verschiedenes. — Das Protokoll wurde verlesen und für richtig erklärt. Dann verlas Kollege Sharp die Abrechnung. Die beantragte Entlastung wurde erteilt. Über den Schiedspruch berichtete Kollege Casper. Lohn für Seiger 1,31 Mark, für Rammer 99 Pfennig, Hilfsarbeiter 80 Pfennig. Nach eingehender Ausprache wurde mit 39 gegen 11 Stimmen der Spruch angenommen und im weiteren beschlossen, daß jene Kollegen, die in Arbeit stehen, 10 Pfennig mehr Beitrag zahlen, damit endlich die Lokalfasse aus dem ewigen Dales herauskommt.

Vom Kampf um Lohn und Arbeitsbedingungen

5. Bau. In Duisburg sind die Tariffragen für Steinmecken noch nicht geklärt. Zugang, auch von Marmorarbeiten, muß unterbleiben.

6. Bau. Die Betriebe der Firma Pfasterstein- und Schotterindustrie Tiefenstein sind zu meiden wegen Maßregelung.

11. Bau. In Lübeck stehen die Steinmecken im Lohnkampf.

*

Holland. Die Steinseherorganisation in Rotterdam teilt uns mit, daß in letzter Zeit wieder eine Anzahl deutscher Pfasterer nach Holland einreisen und sich zu Bedingungen anbieten, die weit unter den von der holländischen Organisation festgesetzten tariflichen Vereinbarungen liegen. Es ist bereits schon Tatsache, daß der dortige Unternehmer auf Vorstellung der Organisation offen erklärt, er würde im Falle eines Einfrierens des Verbandes sich nur noch Pfasterer aus Deutschland kommen lassen. Sich in einem fremden Land als Lohndrücker herzugeben, muß doch gegen das Ehrgefühl jedes deutschen Pfasterers gehen. Solche Zustände werden zur Folge haben, daß die Grenze für deutsche Arbeiter gesperrt wird. Wer den Schaden davon hat, braucht hier nicht erörtert werden. Daher ergeht die dringende Mahnung an alle, die nach dort reisen, und auch an jene, die schon in Holland tätig sind, sich unter allen Umständen bei der dortigen Organisation zu melden und die tariflichen Vereinbarungen zu beachten.

Kundschau

Der Reichsverband der deutschen Steinindustrie benutzt die am 9. Mai in Berlin eröffnete Bauausstellung zu einer größeren Kundgebung am 28. Mai im blauen Saal, Halle II, um 9½ Uhr beginnend. In dieser Natursteingebung soll die große Not geschildert werden, in der sich alle Kreise der Steingewinnung und Steinbearbeitung befinden. Es gilt, die behördlichen Stellen aufzurütteln, denn die Natursteinindustrie ist mit ihren Aufträgen im wesentlichen auf die "öffentliche Hand" angewiesen.

Das grundlegende Referat, "Wege zur Belebung der Bautätigkeit," wird vom ersten Vorsitzenden des Verbandes, Generaldirektor Dr. Ing. e. h. U. Rouelle gehalten, dann folgen Referate von Unternehmervertretern der einzelnen Unterverbände für Wegebau, Granit, Weichwertein, Schiefer, Grabmal, Marmor. Anschließend an diese Kundgebung halten die einzelnen Verbände der Spartenorganisationen ihre Jahrestagungen ab.

Die rechte Rheinuferstraße. Der Ausbau der für den ständig zunehmenden Autoverkehr viel zu engen rechten Rheinuferstraße auf der Strecke Rüdesheim-Oberlahnstein, die als eine der vordringlichsten Aufgaben des rheinischen Wegebaues zu erachten ist, hat jetzt begonnen. Von den 57 Kilometern der rechten Uferstraße müssen 55 Kilometer ausgebaut werden, nur an zwei besonders verkehrsgefährlichen Stellen, bei Jilsen und bei Braubach, kann die alte Linienführung der Straße wegen der Kreuzung mit der Bahnstrecke nicht beibehalten werden. Auf der ausgebauten Strecke soll es zwischen Rüdesheim und Lahnstein keinen Bahnhübergang mehr geben. Auf der Strecke Rüdesheim-Braubach wird die Straße auf 7,20 Meter verbreitert, zwischen Braubach und Oberlahnstein auf 8,50 Meter. Die Gesamtauswendungen werden mit vier bis fünf Millionen angegesetzt. Fertiggestellt sind die Abschnitte Rüdesheim-Lorch und Bornhofen-Jilsen.

Granitgestein als Geschichtsbuch. In den Black Mountains (Schwarze Berge) in dem nordamerikanischen Staate Süd-Dakota werden gewaltige Riesenstatuen von Washington, Jefferson, Lincoln und Roosevelt — den vier bedeutendsten Präsidenten der Vereinigten Staaten — eingehauen. Ebdort wird nunmehr auch die Geschichte der Vereinigten Staaten, in 500 Wörtern ausgedrückt, eingemeißelt werden. Die Buchstaben dieser wohl einzig dastehenden steinernen Kurzgeschichte eines Landes sind mit einer Größe von je 1,60 Meter vorgesehen. Nach Ansicht der Bodenkundigen wird die Inschrift eine sehr lange Zeit lesbar bleiben: Eine halbe Million Jahre!

Gegenstände der Denkmalkunst. In der brasilianischen Kaffeestadt Campinas hat man unlängst — der Kaffeebohne ein Denkmal gesetzt. Brüssel enthüllte jüngst ein Denkmal der Brieftaube, wodurch deren Verdienste um das Land während der deutschen Besatzungszeit als Verbindungsmittel zwischen dem Lande und Westeuropa versinnbildlicht werden soll. Das Denkmal zeigt auf einem Sockel eine vorwärtschreitende Frau, die auf der Hand ihres vorgestreckten Armes eine zum Flug bereite Taube wiegt. Die Amerikaner halfen einem schon lange „tief empfundenen“ Bedürfnis ab, indem sie in Baltimore dem ersten Menschen, Adam, ein Denkmal setzten. Anstatt aus Stein nahm man bei der Errichtung des Erfinders der Gummibereitung, Dunlop, — Hartgummi. Dieses wurde 3 Tage lang hindurch unter starkem Druck gepreßt, so daß eine immerwährende Festigkeit der Masse gewährleistet ist.

Ferienheim Neumühle. Dieses idyllische Ferienheim der Leipziger Gewerkschaften liegt bei Stadtroda in Thüringen, 15 Kilometer von Jena. Die völlige Abgeschlossenheit des Heims, mitten im Walde, ist für Erholungssuchende der gegebene Ort. Anfragen und Anmeldungen bitten wir an den Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund, Ortsausschuß Leipzig I, Zeitzer Str. 32, zu richten.

Lebenshaltungskosten und Löhne. Für den Durchschnitt des Monats April beträgt die Mezziffer der Lebenshaltungskosten 137,2 gegen 137,7 im März. Der Rückgang beträgt somit 0,4 v. H. Sowohl sich als die Preisverbilligung in den Lebenshaltungskosten auswirkt, ist sie zum Stillstand gekommen. Die Indexziffer der Lebenshaltungskosten nahm in den ersten Monaten dieses Jahres folgende Entwicklung: Januar 140,4, Februar 138,8, März 137,7 und April 137,2. Es ist also von Januar bis April ein Rückgang der Lebenshaltungskosten von 2,3 v. H. eingetreten. Die meisten werden sich von der angekündigten Preissenkungsaktion mehr ver-

sprochen haben. Wir müssen mit der Tatsache rechnen, daß die Kleinhandelspreise nur sehr langsam den Großhandelspreisen folgen. Die Löhne senken sich weit mehr als der Index der Lebenshaltungskosten. Das Statistische Reichsamt nimmt für die Zeit vom 1. Januar bis 1. März einen Rückgang der Tariflöhne von 4 bis 7 v. H. an. Bis Mitte April sind weitere Lohnsenkungen erfolgt. Mit dem Rückgang der Tariflöhne ist die Kaufkraftschwäche nicht voll zum Ausdruck gekommen. Die wirklichen Lohnsätze sind weit mehr vom Rückgang betroffen worden. Kurzarbeit und Arbeitslosigkeit kommen noch weiter hinzu. Das Verhältnis zwischen Lebenshaltungskosten und Löhne hat sich also empfindlich verschlechtert. Wenn die neuen Zollsätze auf Fleisch, Geflügel, Hülsenfrüchte und andere wichtige Lebensmittel sich auszuwirken beginnen, wird sich die Lebenshaltung noch mehr verschletern. Das ist der Zustand, dem wir entgegengehen. Mit aller Entschiedenheit müssen sich deshalb die Gewerkschaften gegen eine weitere Senkung der Löhne wenden.

Vom Kampf der Kriegsopfer um ihre Lebenshaltung

Bon Sachkundiger Seite wird uns geschrieben: Die deutschen Kriegsopfer werden dem leider so früh verstorbene Reichskanzler a. D. Hermann Müller immer dankbar nachsagen, daß unter seiner Kanzlerschaft im Jahre 1920 mit der Verabschiedung des Reichsversorgungsgeges eine völlige Neugestaltung der Kriegsopfersorgung erfolgte. Wenn auch die eigentliche materielle Versorgung damals wie heute noch hinter den Erwartungen und begreiflichen Wünschen der Kriegsopfer zurückblieb, so war doch mit der Schaffung dieses von demokratisch-republikanischen und sozialen Grundsätzen beherrschten Gesetzes für die Kriegsopfer eine Basis geschaffen, die einer sozialen Fortentwicklung alle Möglichkeiten eröffnete. Wiederholt ist dann auch das Reichsversorgungsgeges solchen Änderungen unterworfen worden. Trotzdem wurde die Versorgung der Kriegsopfer nie zu einem befriedigenden Abschluß gebracht.

Wie auf die gesamte Sozialpolitik, so wirkte das stetige Anwachsen nationaler Kräfte im öffentlichen Leben, wirkte die stärker und mächtiger werdende Rechtsmehrheit in den Reichstagen seit 1920 sich hemmend und rückhaltlos auf die Kriegsopfersorgung aus. Infolgedessen mußte selbst der Reichsarbeitsminister Dr. Braun (Zentrum) bei der Verabschiedung der 5. Novelle zum Reichsversorgungsgeges 1927 vor dem Reichstage erklären, daß die Versorgung der Kriegsopfer mit der Aenderung des RG nicht als abgeschlossen betrachtet werden könne. Dem war in der Tat so. Die Versorgung der Kriegerhinterbliebenen war sogar seit 1926 verschlechtert worden. Trotzdem machten sich seit Ende 1927 in der rechtsgerichteten Presse immer mehr Stimmen bemerkbar, die von Sachkenntnis nicht getrübt, die Höhe des Haushaltplanes für die Kriegsopfersorgung kritisierten und entschiedene Einsparungen forderten. Wieder fanden die Kriegsopfer in Hermann Müller einen warmen Fürsprecher und ernsthaften Verteidiger ihrer Interessen. In der Regierungserklärung, die er im Juni 1928 als Reichskanzler abgab, wurde den Abbauwunschen sozialreaktionärer Kreise mit folgenden Worten entgegengetreten: „Das Los der Kriegsbeschädigten und Kriegerhinterbliebenen zu bessern, entspricht dem einmütigen Empfinden des deutschen Volkes.“

Den kräftiger und immer deutlicher werdenenden Abbauforderungen großer Unternehmerverbände und ihrer parlamentarischen Vertreter wußte die Reichsregierung Hermann Müller aber entschieden Widerstand zu leisten. Nach ihrem Rücktritt wurde dieser dann sofort durchstoßen. Mit dem Regierungsantritt des Kabinetts Dr. Brüning ergoß sich die Flut sozialpolitischer Abbauforderungen satten Großbürgertums auch über die Kriegsopfersorgung. Der Artikel 48 der Reichsverfassung wurde gegen die Kriegsopfer angewandt. Mit der Notverordnung vom 26. Juli 1930 wurden Grundrecht der Versorgung aufgehoben, schematische Sperrfristen für Neuansprüche von Kriegsopfern eingeführt, der Rechtsweg abgedrosselt, der Rechtsanspruch auf kostenlose Hilfsbehandlung teilweise befeitigt und die Härterversorgung aufgehoben. Ungezählte ehemalige Frontkämpfer und Tausende von Kriegereltern, die bisher keine Rente bezogen haben, haben die Möglichkeit verloren, im Rechtsverfahren ihre Ansprüche auf Versorgung geltend zu machen.

Nicht genug damit, wurden durch Erlasse des Reichsarbeitersministers gezielt gewährleistete Kann-Ansprüche und im Reichsversorgungsgeges begründete Leistungen aufgehoben. So wurden Nachzahlungen bei Kannansprüchen eingestellt, Kinderzulagen in gewissen Fällen verboten, Beschränkungen in der Zahlung von Zusatzrente, von Witwen- und Waisenbeihilfen nur an Hinterbliebene von Schwerbeschädigten, Nachprüfung der Elternversorgung, der Witwen- und Waisen- sowie der Erziehungsbeihilfen angeordnet, die Erteilung neuer Bescheide in den Fällen des § 71 RG und § 28 RG stark eingeschränkt und die bisher für die Neubautätigkeit zur Verfügung stehenden Kapitalabbindungen durch den Reichsarbeitersminister eingestellt. Die Erziehungsbeihilfen wurden um 5 Reichsmark monatlich gefürzt.

Ein Abbauverlaf des Reichsarbeitersministers Stegerwald jagte den anderen. Insgesamt belaufen sich die Einsparungen beim Kapitel Kriegsopfersorgung des Reichshaushalts 1931/32 auf über 100 Millionen Reichsmark!

Das ist den Sparenthäuslern, die durch den Aussall der Reichswahl vom 14. September 1930 sich besonders stark fühlen, noch längst nicht genug. Der 1277730000 Reichsmark — 1,19 v. H. der Gesamtausgaben des Reiches umfassende Etat für die Versorgung der Kriegsopfer übt auf die Statistik eine besondere Anziehungskraft aus. Hier, glaubt man, könnte ein ordentlicher Satz voll Geld eingespart werden. Der „Hanja-Bund“, diese Vereinigung der Großindustriellen, des Handels und Gewerbes sowie der Bankwelt verlangt die Einsparung von jährlich 235 Millionen bei der Kriegsopfersorgung und die Ausschaltung der 30 und 40 v. H. erwerbsbeschränkten Kriegsbeschädigten aus der Versorgung.

Immer deutlicher wird den Kriegsopfern offenbar, daß sie als soziale Last empfunden werden, deren man sich am liebsten entledigen möchte. Bitter empfinden sie die Wahrheit des Wortes: „Der Mohr hat seine Schuldigkeit getan, er kann gehen.“ Doch sie lassen sich nicht kampflos besiegen. Unter der Devise „Nicht Dank, sondern Recht“ haben die im Reichsbund der Kriegsbeschädigten, -teilnehmer und Kriegerhinterbliebenen zum Gegenstand gegen alle Abbaupläne der Reichsregierung und eines satten Großbürgertums ausgeholt. Überall im Reiche fanden große Massenkundgebungen des Reichsbundes statt. Hunderttausende der Kriegsopfer bekundeten ihren Willen, mit der gleichen Entschiedenheit und Zähigkeit um die Erhaltung ihrer beiderseitigen Lebensexistenz zu kämpfen, mit der sie vor Jahren im Vollbesitz ihrer Manneskraft die Heimat vor den Verwüstungen des Krieges zu schützen wußten.

Bergeht niemals, daß von den 13½ Millionen Männern, die Deutschland 1914—18 zum Heere rief, zwei Millionen ihr Leben lassen mußten. Vier Millionen wurden verwundet. Die Zahl der rentenberechtigten Kriegsbeschädigten sank von 1550 000 im Jahre 1920 auf gegenwärtig 840 000. Ist es etwa zu viel, wenn eine 45jährige Kriegerwitwe monatlich 71,10 Reichsmark und für ihre zwei minderjährigen Kinder 57,10 Reichsmark dazu erhält? Doch gibt es nicht wenige Kriegerwitwen, die sogar mit monatlichen Rentenbeträgen von 37,10 Reichsmark, wenn sie erwerbsfähig sind und, falls sie erwerbsfähig sind, mit 44,50 Reichsmark monatlich auskommen müssen. Bei der erwerbsunfähigen Witwe käme unter Umständen noch eine Zusatzrente in Höhe von 34 Reichsmark hinzu.

Wenn das an den Kriegsopfern seit Jahren begangene Unrecht nicht noch vergrößert werden soll, muß allen Abbaumäßignahmen und -plänen ein schleuniges Ende bereitet werden. Darum rufen auch wir aus staatspolitischen Gründen mit den Kriegsopfern: Händ weg von der Kriegsopfersorgung!

Bekanntmachungen des Verbandsvorstandes

Auf Antrag der Zahlstelle Angerburg wurde das Mitglied Rudolf Kehlau wegen Verbandschädigung ausgeschlossen.

Auf Antrag der Zahlstelle Neufriedersdorf wurden die Steinseher Gustav Händel und Reinhard Händel wegen Streitbruchs ausgeschlossen.

Bekanntmachungen aus den Zahlstellen Bezirken und Gauen

Berksammlungen.

Sonntag, 24. Mai:

In Lawaldau (Zahlstelle Grünberg) um 8 Uhr bei Walter.

Sonntag, 31. Mai:

In Essen (Steinmeier und Marmorarbeiter) bei Höller Bücherverkäufer.

Verden. Richtigstellung! Im Versammlungsbericht der Zahlstelle in Nr. 12 des „Steinarbeiter“ wird mein Name genannt und kritisiert, daß mein Solidaritätsgefühl versagt habe. Zu der in Frage kommenden Angelegenheit bei dem Unternehmer H. M. kann ich nur darauf hinweisen, daß die betreffenden zwei Kollegen eine rein persönliche Sache mit dem Unternehmer austrugen, die mit Solidarität und Verband nichts zu tun hat.

Konrad Höins, Steinmeier in Verden.

Berlin-Neukölln. Für den Bezirk Neukölln ist Thüringerstraße 37, Ecke Wickerstraße, bei Wittwer eine neue Zahlstelle eröffnet.

Die Erwerbslosenmarken werden nur noch in der Wohnung des Kollegen L. Wamke, Neukölln, Allerstraße 17, geflebt.

*

Am Ort zureisende und in Arbeit tretende Kollegen melden sich immer vorher beim Zahlstellenvorstand. Wer das unterläßt, hat keinen Anspruch auf Kollegialität und deren Auswirkung! — Dieser Hinweis gilt für alle Berufsgruppen und alle Zahlstellen. Eine besondere Bekanntmachung dieser Art für einzelne Zahlstellen ist deshalb überflüssig. Zu beachten: Sperrebruch ist gleichbedeutend mit Streitbruch.

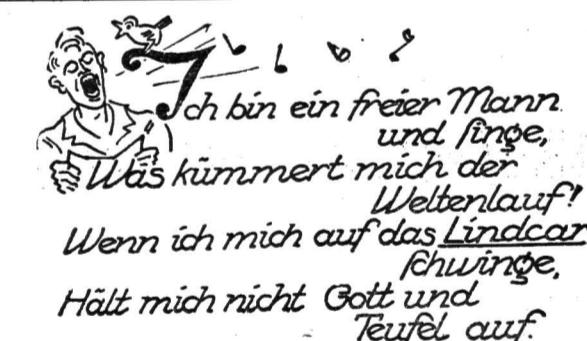
Adressenänderungen

6. Gau: Immendingen. Vors.: Eduard Mink, Gartenstraße. Kass.: Jakob Schuler. — Niederkirchen bei Deidesheim. Vors.: Johann Glaser, Deidesheim (Pfalz), Hauptstraße. — Oberwiesen. Vors. u. Kass.: Philipp Weid.

9. Gau: Heuchelheim. Bezirksleiter: Paul Horn, Gießen, Gewerkschaftshaus, Schanzenstraße 18.

Anzeigen

Berlin Dienstag, 2. Juni, 18 Uhr, im großen Saale des Gewerkschaftshauses, Vierteljahrh. vers. am 2. Bericht vom 1. Quartal 1931. angeschlossenen Gruppen. Tagesordnung: 1. Bericht vom 1. Quartal 1931. 2. Bericht von den Lohnverhandlungen. 3. Verschiedenes. Verbandsbuch legitimiert! Vollzähliges Erscheinen erwartet die Ortsverwaltung I. A. Gust. Nitsche.



Pflasterhämmer

aus bestem Schweisstahl.
Rammen, Brechstangen und sämtliche Werkzeuge für den Straßenbau liefern auch nach außerhalb

Otto Teske, Berlin N 31
Brunnenstraße 82

Tüchtiger Granitschleifer

findet gute Existenz durch Kauf kl. Granitschleierei mit Nebenartikeln und weiterer Ausbaufähigkeit in Großstadt Sachsen, gute Lage, billige Miete, nur umständlicher zum billigen Preis von RM. 4800. — Anfragen unter A 100 an die Schriftleitung dieses Blattes.

Bücher dienen in kein. Zahlstelle teilen dürfen, für Betriebsräte und Gewerkschaftsfunktionäre, empfohlen ADGB-Verlag Berlin S 14, Inselstraße 6

Gestorben

(Todesfälle, die bei der Meldung über 1 Monat zurückliegen, werden infolge ihrer späten Meldung an dieser Stelle nicht veröffentlicht. Redaktion.)

Langenhalde. Am 18. April der Lithosteinarbeiter Wilhelm Schmidt, 55 Jahre alt, Herzlärmung; 7 Jahre krank.

Berlin. Am 27. April der Rammer Theodor Eichmann, 55 Jahre alt, 4 Wochen krank, Lungenentzündung.

Wriezen. Am 4. Mai der Steinsetzer Georg Schiele, 24 Jahre alt, Freitod.

Fleinsburg. Am 5. Mai der Rammer Peter Jakobsen II, 50 Jahre alt, Freitod.

Mittweida. Am 8. Mai der Hilfsarbeiter Alfred Wagner, 32 Jahre alt, 1½ Jahr krank, Lungen- und Darmtuberkulose.

Wildschütz. Am 10. Mai der Brecher Emil Persdorff, 41 Jahre alt, 4 Monate krank, Lungenentzündung.

Wünschelburg. Am 11. Mai der Sandsteinmetz Karl Günther, 44 Jahre alt, 29 Monate krank, Staublunge.

Hamburg. Am 11. Mai der Sandsteinmetz Heinrich Rahenkamp, 70 Jahre alt, Schlaganfall.

Stendal. Am 12. Mai der Steinsetzer Gustav Lier, 65 Jahre alt, 6 Wochen magenkrank.

EHRE IHREM ANDENKEN

Verantwortliche Schriftleitung: Hermann Siebold, Verlag Ernst Windeler, beide in Leipzig Druck: Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft, Leipzig.

Lohnabbau in Krisenzeiten früher und jetzt

Von Alexander Knoll.

In Nr. 18 des „Steinarbeiter“ sind zwei Beispiele von besonders frastem Lohnabbau enthalten: im Steinsehgewerbe in Bayern und Mitteldeutschland.

Es ist gar kein Wort darüber zu verlieren, daß dieser Lohnabbau nicht nur ein Unrecht, sondern, volkswirtschaftlich gesehen, auch ein Unsin ist. Das letztere sogar in doppelter Hinsicht, nämlich als er den Unternehmern, die ihn mit allen Mitteln betrieben haben, auf die Dauer nicht nur keinen Vorteil, sondern gleichfalls eine Schädigung ihres Gewinnes bringen wird und bringen muß. Aber das brauchte uns ja weiter nicht zu belämmern und ist vor allem für unsere Kollegen, die von dem Lohnabbau zuerst betroffen werden, kein Trost und keine Entschädigung. Es zeigt nur, daß manche Unternehmerkreise im Laufe einer Jahrzehntengesamtentwicklung nicht einmal ihren privatwirtschaftlichen Gesichtskreis erweitert, geschweige denn volkswirtschaftlich denken gelernt haben. Es ist ja auch kein Zufall, daß gerade Bayern und Mitteldeutschland die Schauplätze sind, auf denen sich diese Dinge abgespielt haben. Wir haben es da in dieser Hinsicht mit alten Bekannten zu tun, die sich schon seit Jahrzehnten durch eine geradezu stupende Kurzsichtigkeit und volkswirtschaftliche Unfruchtbarkeit ausgezeichnet haben. Wenn sie sich eine Reihe von Jahren mit ihren unzureichenden Anschauungen nicht hervorgewagt haben, so zeigt ihr jetziges Vorgehen, daß sie die Stunde gekommen glauben, wo sie das, was sie der Arbeiterschaft in den vorangegangenen Jahren widerwillig zugestehen mußten, wieder zurücknehmen können.

Es soll hier nicht untersucht werden, ob diese Unternehmer, wie so viele ihresgleichen, dazu nicht ermutigt worden sind durch mancherlei betrübtliche Vorgänge in den Reihen der organisierten Arbeiterschaft. Ich weiß nur, daß in der Vergangenheit, namentlich in der Kriegszeit, ähnliche Versuche auch nicht ganz selten unternommen worden sind — und daß wir in allen Fällen, wo wir über eine geschlossene Organisation verfügten, solche Versuche restlos abgewiesen haben. Die Unternehmer hatten stets immer nur die einen mehr oder minder großen Erfolg, wo ihnen kein geschlossener Widerstand entgegengesetzt werden konnte.

Dass Krisenzeiten durchaus nicht unter allen Umständen mit Zeiten des lohnpolitischen Niederganges identisch zu sein brauchen, hat ja ein Kollege erst in Nr. 17 des „Steinarbeiter“ an Hand des Dresdner Beispiels überzeugend nachgewiesen. Und da handelte es sich nicht einmal um die Abwehr einer Verstärkung, sondern um ein positives Vorgehen zur Erringung einer kürzeren Arbeitszeit! Jeder ältere Kollege in unseren Reihen, ganz gleich ob Steinarbeiter oder Steinseher, aber wird sich erinnern, daß die Kämpfe um die Verkürzung der Arbeitszeit immer und unter allen Umständen die schwersten und opfervollsten gewesen sind.

Ein anderes noch stärkeres Beispiel dafür, daß selbst in Zeiten äußerster Krise Lohnabbau und dergleichen restlos abgewehrt werden kann, war der Abwehrstreik der Stettiner Steinseher, der vom 1. April 1894 bis 2. Mai 1895, also volle 13 Monate gedauert hat. Damals wollten die Stettiner Unternehmer auch so einen Lohnabbau in ungemeiner Höhe durchsetzen; 20 Prozent war das Minimum, das sie gefordert hatten. Das Resultat des Kampfes war, daß sie alles zurücknahmen und dazu noch mancherlei wertvolle Zugeständnisse machen mußten.

Auso es geht auch ohne Lohnabzug — wenn die Arbeiterschaft hundertprozentig organisiert ist, wie es die Stettiner Steinseher damals waren. Hoffentlich sind sie es noch!

Damals hatten wir noch keine staatliche Anerkennung der Gewerkschaften, kein Gewerkschaftsrecht, kein Tarifrecht, keine Verbündeteiterläuterungen (und es sind ja nicht bloß immer schlechte Tarife für verbündlich erläutert worden!). Die ehemaligen Gewerkegerichte und noch mehr die „ordentlichen“ Gerichte hatten sich mehr und mehr auf den Standpunkt gestellt, daß Tarifverträge „abdingbar“ seien im Gegensatz zu heute, wo alle derartige Versuche von Unternehmerseite bis jetzt doch restlos gescheitert sind. Ja, im Jahre 1910 entschied ein ordentliches Gericht in Hannover auf eine von uns eingeleitete Feststellungsklage, daß der Tarifvertrag „überhaupt kein Vertrag“ sei und mithin niemand aus ihm Rechte und Verpflichtungen herleiten könne! Trotz dieses „Rechtsurteils“ habea wir die Anerkennung und Aufrechterhaltung des Vertrages durch die Unternehmer doch erzwungen! Wir konnten das, weil wir über eine geschlossene Organisation verfügten. Mit dieser Tatsache vergleiche man die Schilderung des Kollegen Chr. Sch. in Nr. 18 über die Wirkungen des tariflosen Zustandes in Bayern, der doch nur wenige Monate gedauert hat. Was wäre da wohl geworden, wenn diesem Zustand nicht durch den Schiedsspruch ein Ende bereitet worden wäre!

Muß das nicht geradezu den Augenschein erwecken, daß der Kampfwillen und der Solidaritätsgedanke in der heutigen Arbeiterschaft nicht mehr so stark lebendig ist wie noch vor wenigen Jahrzehnten? Und ist es nicht geradezu selbstverständlich, daß das Unternehmertum solche Zustände ausnutzt! Muß man da nicht auf den Gedanken kommen, daß durch die ewigen unfruchtbaren Auseinandersetzungen in den Reihen der Gewerkschaften der Kampfwillen und der Solidaritätsgedanke der Arbeiterschaft systematisch untergraben worden ist und daß damit wenigstens Teile derselben in ihrer Kraft und Widerstandsfähigkeit geschwächt worden sind?

Ist es aber so, dann muß man sich voller Sorge fragen: Wohin soll das zum Schluß führen? Schon ist ja das organisierte Unternehmertum drauf und dran, auch die Grundlagen des heutigen Tarifrechts und Schlichtungswesens anzugreifen, um auch noch die letzten rechtlichen Schutzwehren zu beseitigen, die die Arbeiterschaft bis heute — trotz allem, was gegen das Schlichtungswesen auch von uns einzuhören ist! — davor schützen, wieder, wie vor 30, 40 Jahren, ein Spielball des „freien Spiels der wirtschaftlichen Kräfte“ zu werden! Wüßt ihr, was das bedeuten würde? Nein! Ihr, die ihr diese Zeit nicht miterlebt habt, ihr könnet das nicht wissen; ihr könnet euch das nicht einmal vorstellen. So laßt es euch denn an der Hand eines Beispiels, das sich tatsächlich zugezogen hat, vor Augen führen.

Es war in Berlin im Anfang der siebziger Jahre; die sogenannten Gründerjahre neigten sich ihrem Ende entgegen. Die gute Konjunktur, die eine Folge der Zuführung der französischen Goldmilliarden (Kriegsschädigung) gewesen war und mithin nicht auf einer natürlichen Entwicklung beruht hatte, war plötzlich verflogen wie die berühmte amerikanische „Prosperity“. Die Berliner Steinseher hatten unter der Gunst der Verhältnisse innerhalb vier Jahren ihren Wochenlohn von 6 auf 13 Taler steigern können. Dann kam der „große Crash“ — und in einer einzigen Woche setzten die Berliner Steinsehermeister den Wochenlohn von 13 auf 7 Taler herab! Er sank kurz darauf sogar noch wieder auf 6 Taler — und über ein Jahrzehnt hat es gedauert, bis die erste kleine Lohn erhöhung — mehr erbeten als erkämpft — durchgeführt werden konnte. Erst als sich die Steinseher eine gewerkschaftliche Organisation — zuerst noch unter schweren inneren Kämpfen — geschaffen hatten, ging es wieder aufwärts.

Ist irgend jemand in unseren Kreisen der Auffassung, daß das Unternehmertum heute sich auch nur einen Augenblick befinnen würde, etwas Ähnliches zu tun, wenn es die Macht dazu hätte?

Also wenn es sich heute mit „nur“ 8 bis 10 bis 15 Prozent Lohnherabsetzung „begnügt“, dann zeigt das, daß auch das heutige Schlichtungswesen gezwungen ist, auf das Vorhandensein der Ge-

werkschaften Rücksicht zu nehmen. Wenn es statt 30 und 40 „nur“ 8 bis 10 Prozent Lohnherabsetzung sind, so verdanken unsere Kollegen das lediglich und allein ihrer gewerkschaftlichen Organisation, die sich auch jetzt noch und gerade jetzt in dieser schweren Zeit der Krise zum Wohle und Vorteil der Arbeiterschaft auswirkt. Wenn wir nicht alle Lohnabbaupläne eines kurzfristigen und nur auf seine privatwirtschaftlichen Interessen bedachten Unternehmertums abwehren können und könnten, dann liegt das nicht an den Gewerkschaften, sondern an denen, die ihnen fernstehen oder gar ihnen in diesem ungeheuer schweren Kampfe noch Knüppel zwischen die Beine werfen!

Überlegt einmal: Wir zählen heute in Deutschland 22 Millionen Lohn- und Gehaltsempfänger. Davon sind alles in allem 6 Millionen gewerkschaftlich organisiert, 16 Millionen = 72 Prozent stehen außerhalb der Gewerkschaften. Was meint ihr wohl: Würden die Unternehmer auch dann wagen, euch Lohnabbau zuzumuten, wenn sie wüssten, daß die fehlenden 16 Millionen auch in unseren Reihen ständen?

Daraus ergibt sich: Wenn euch jemand weismachen will, daß die Gewerkschaften schuld am Lohnabbau haben, dann habt ihr diesen klugen Leuten zu sagen, daß sie ihre Weisheiten besser bei den Unorganisierten anbringen mögen, damit diese sich den Gewerkschaften anschließen. Solange sie das nicht tun wollen und vielleicht gar die Arbeit der Gewerkschaften noch erschweren, sind sie die Schuldigen und die besten Helfer des Unternehmertums bei seinem Bemühen, die Zustände wieder herbeizuführen, wie sie vor einem Menschenalter bestanden haben. Zustände, um deren Besetzung die besten Kräfte des Proletariats in Jahrzehntelangen, opfervollen Kämpfen gerungen haben; die dafür gelitten und geblutet haben, das ein nur auf sich bedachtes Unternehmertum heute weitestgehend befeindeter geworden ist, als es einstmals war; das sich heute mit 10 Prozent Lohnabbau begnügt, wo es früher 50 Prozent, ohne mit der Wimper zu zucken, einfach defretiert hat. Das deutsche Unternehmertum wird auch keine 10 Prozent Lohnabzug mehr zu fordern wagen, wenn statt 73 Prozent Nichtorganisierter ebensoviel Organisierte vorhanden sein werden. Mit dem Rest werden wir dann schon leichter fertig.

Und mit etwaigen Lohnabbauabsichten erst recht.

Das Leben des indischen Arbeiters

Wir hören in letzter Zeit viel vom heroischen Freiheitskampf des indischen Volkes. Die ehrbare, ja, man möchte sagen, die heilige Gestalt Gandhi ist uns allen bekannt. Auch hören wir etwas von der Lebensweise des indischen Volkes. Und doch kann der Europäer sich eine Vorstellung machen vom Leben und Treiben des unglüdlichen 350-Millionen-Volkes im fernen Osten?

Was immer auch aus dem Befreiungskampf der Indier wird, es ist klar, die ökonomische Emanzipation dieses Volkes ist das wichtigste zu bewältigende Problem. Wie aber steht es mit der gewerkschaftlichen Organisation? Wie alles andere steht auch diese noch in der Anfangsperiode. Alles, was bis jetzt zustande kam, ist winzig klein. Wie könnte es auch anders sein bei einem Volke, das in etwa 400 Völkerstaaten und fast ebenso viele Sprachen zerfällt?

Der englische sozialistische Publizist H. N. Brailsford, den seine Weltreise die letzten Monate auch durch Indien führte, der die dortigen Zustände aufs genauste untersucht hat, schreibt über seine Eindrücke und Erlebnisse in der sozialistischen Wochenzeitung „The New Leader“:

„Wie soll der englische Indienreisende, der nichts von den vielen Sprachen versteht, das geistige Leben schildern, das unter der brauen Haut der inaktillierten Arbeiter pulsiert? Einen Einbildung glaube ich in dem Augenblick erhalten zu haben, als ich in Ahmedabad neben einem Wasserhahn stand. Wasser in diesem siedenden Klima ist mehr wert als Geld, ja mehr noch als Essen. Nach einem Spaziergang von zehn Minuten ist das Hemd durchnäht. Wenigstens vier Bäder pro Tag braucht der Europäer, um sich aufrechterhalten zu können, um dann noch sehnsüchtig auf die vorbeiziehenden Büffel zu schauen, die, um sich zu erlaufen, mit den Hörnern jede Pfütze aufzubrechen, die am Wege ist. Ich begriff den seelischen Zustand der Indier, als ich am besagten Wasserhahn stand, der zur Befriedigung der Bewohner zweier Häuserreihen diente. Ich zählte 153 Wohnungen. 143 davon waren bewohnt. Jede Wohnung beherbergte eine Familie mit 5 oder 6 Köpfen oder auch 9. Siebenhundert Menschen waren zur Erhaltung ihres Lebens von einem einzigen Wasserhahn abhängig. Von der einen Wasserleitung mit dem einen Wasserhahn erhalten sie ihr Trinkwasser, ihr Wasser zur Erfrischung ihres schwitztreibenden Körpers. Hier holen sie das Wasser zum Waschen ihrer Kleidungsstücke. Ich fühlte das Wasser mit der Hand. Es war nicht warm, sondern heiß. Und jetzt konnte ich mir eine Vorstellung machen vom Leben der indischen Arbeiter. Doch drang ich tiefer in die Verhältnisse ein. Ich besuchte zwei oder drei Wohnungen, nahm eine oberflächliche Messung vor: etwa 10, auch 12 Quadratmeter pro Wohnung. Fenster gibt es nicht. Also kein Tageslicht, keine frische Luft, keine Sonne. Schornsteine sind unbekannt. In den Wohnungen ein ätzender Geruch des aufbewahrten Kuhdungers, der zum Essenskochen dient. Die Fußböden sind einen Fuß tiefer als die Straßendecke. Bei Regenwetter müssen die Wohnungen überschwemmt sein. Jede Wohnung besteht aus einem Raum mit einer Art Veranda, groß genug für eine Person zum Schlafen. Die Dachung war recht mangelhaft, bietet keinen Schutz gegen Regen. Die zwei Reihen Häuser standen mit dem Rücken gegeneinander, und der schmale Weg dazwischen war fußhoch mit Schmutz und grünem Schlamm bedeckt...“

Von Bombay bis Kalkutta sah ich viele Arten von Arbeitersiedlungen. Einige, von wohlträgigen Unternehmern errichtet, waren erträglich. Die meisten waren noch schlimmer als die geschilderten.

In der Gereberei an der Peripherie von Bombay haben sich die Arbeiter ihre Wohnungen selbst zurechtgezimmert. Diese baufälligen Hütten im Innern von Schmutz und Häuten, an Raum etwa 23 zu 18 Fuß, beherbergen bis zu dreißig Arbeiter. In einer dieser Höhlen stieg ich auf etwas, was ich zuerst für eine Geräterammer hielt, die Tür war offen, und ich bemerkte drei Betten. Der Fußboden des „Gemachs“ war aus Erde. Dieser Raum war 12 zu 7 Fuß, kaum 3 Fuß hoch. In dieser Höhle lebten drei Menschen. Der „Hausbesitzer“ war ein Indier. Doch sind die meisten Hütten Eigentum einer sehr reichen englischen Gesellschaft. An Miete pro Kopf und Monat sind 5 Schilling zu zahlen. Die Wände sind aus galvanisiertem Eisen (bei der Hitze!), die die Innen mit zurechtgezimmerten Zinkstreifen aus Petroleumbehältern abfließen. Es gab drei Wasserhähne für etwa 400 Seelen. In 170 Meter Entfernung war eine stinkende Anlage, Abort genannt. Die Dunkelheit fiel, als ich den Platz verließ, und man lebt in fortwährender Gefahr, im grünen Schlamm auszurutschen und in die offene Drainage zu fallen. Über den Abfallhaufen am Wege tummelten schon die großen Ratten...“

Was tut nun die britisch-indische Regierung zur Behebung der Zustände in diesem Labyrinth? „Der Bolschewismus gedeiht hier wie die Ratten und Moskitos“, schreibt Brailsford. Bei Bombay hat die Regierung eine schöne Arbeitersiedlung bauen lassen, die aber jetzt zu Gefängniszwecken benutzt wird.

Es gibt auch Rudimente einer Fabrikgesetzgebung. Der Lohn der Gerebereiarbeiter beträgt jetzt sogar 25 Rupees pro Monat. Das sind etwa 30 Mark. Die Gerebereiarbeiter, die an der Peripherie von Bombay wohnen, gehören zur Kaste der „Unberühr-

baren“. Da die Religion es den Hindus verbietet, an rohen Tierhäuten zu arbeiten, holt man sich die Gerebereiarbeiter aus der sogenannten Kaste der „Unberührbaren“ oder „Ausgestoßenen“. Es ist dieses die niedrigste Kaste im indischen Gesellschaftssystem.

Die Gerebereien befinden sich inmitten von Sümpfen, wo das Malariafieber gut gedeiht. Dann gibt es viele Haufen von Tierdungern, die das ihrige zur Verpestung der Luft beitragen. Diese „Kinder Gottes“ arbeiten nackt und stehen bis an die Hüften im sumpfigen Boden. Männer und Kinder von zehn und zwölf Jahren arbeiten zusammen. Die Arbeitszeit beträgt 12 Stunden und so fort, jeden Tag ohne Aufenthalt. Kinder sowohl wie Männer. In der Textilindustrie ist es schon etwas besser, da hier die Arbeiter wenigstens unter dem Schutz einer äußerst mangelhaften Fabrikgesetzgebung stehen, von einer ungenügenden Anzahl Gewerbeinspektorat lieberlich kontrolliert. Die Fabrikgesetzgebung erstreckt sich jedoch nur auf maschinelle Betriebe, ergo werden die Gerebereien davon nicht berührt.

Wie steht es nun mit dem Koalitionsrecht der unglücklichen Arbeiter? Traurig, recht traurig! Zur Illustration schildert Brailsford das Los der Meerut-Gefangenen. 31 „Verbrecher“ sitzen nun schon zwei Jahre in Unterfuchungshaft, weil sie während eines Streiks durch „Konspiration“ versuchten, den König (von England) der Souveränität über Indien zu beraubten. Unter den Verbrechern sind drei Engländer. Die Anklageschrift, ein Buch von 287 engbeschriebenen Seiten, wirft ihnen vor, in Versammlungen vom „Klassenkampf“ gesprochen zu haben. Sie sollen sogar eine Arbeiter- und Bauernpartei gegründet haben, die sich der kleinen Kommunistischen Partei anschloß. Aber noch Schlimmeres wird diesen Verbrechern vorgeworfen. Man höre und staune: Sie sollen verlaut haben, eine Maidemonstration zu organisieren! In einer Versammlung hat man sogar (es ist grauenerregend!) gerufen: Proletarier aller Länder, vereinigt euch!

Wenn alles gut geht, wird der Prozeß, der fünf Millionen Rupees kosten wird (wieviel Wasserhähne könnten mit diesem Gelde wohl angelegt werden!), im September endlich zu Ende geführt werden.

Über die Pioniere einer kommenden Gewerkschaftsbewegung schreibt Brailsford:

„Hatten die Angeklagten Bomben oder Gewehre? Das wird ihnen von der Anklagebehörde nicht vorgeworfen. Forderten sie auf zum bewaffneten Widerstand? Auch das nicht. Auch wird nicht hervorgehoben, welche Alte begangen wurden, um dem König die Souveränität zu nehmen. In Indien freilich, wo auf 150 Familien ein Wasserhahn kommt, mag der Thron auf einem sehr fragwürdigen Fundament bauen.“

Das Gegenstück zu diesen traurigen Zuständen bildet die Lage in Lancashire (England). In den letzten Wochen erschien der Bericht der Textil-Kommission im fernen Osten. Hier wird nachgewiesen, wie die Wirtschaftskrise der englischen Textilindustrie durch die billigen Löhne im fernen Osten verschärft wird. Was ist die Schlüssefolgerung? Gelingt es nicht, die gewerkschaftliche Kraft der Arbeiter im fernen Osten zu heben, dann besteht die Gefahr, daß die Lebenshaltung der europäischen Arbeiter mit denjenigen des fernen Ostens ausgeglichen werden muß. Schöne Aussichten! B. Weingart.

Die Konsumgenossenschaften — ein Kernstück der Volkswirtschaft

ff. Je länger die Weltwirtschaftskrise dauert, desto mehr zeigt sich die innere Wirtschaftskraft der konsumgenossenschaftlichen Warenverteilungsorganisationen mit ihrer Ausmündung in die Warenproduktion. Bei einem riesigen Zerfall der Privatwirtschaft, der sich ungebremst in Tausenden von Konflikten manifestiert, eine weitere Entwicklung der konsumgenossenschaftlichen Bewegung, die zwar gehemmt, da und dort auch zum Stillstand gebracht erscheint, aber keinerlei Zusammenbrüche anormaler Art zu verzeichnen hat. Denn auch der Rückgang im Warenumsatz, — nach der Statistik des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine im Jahre 1930 sinkt 2 bis 3 Prozent! — der bei voller Auswirkung der Krise im Jahre 1931 vielleicht auf durchschnittlich 5 Prozent sich steigern kann, beweist noch nicht einmal einen Stillstand, da die Senkung der Warenpreise mit mindestens 10 Prozent bewertet werden muß. Im privaten Einzelhandel wird der Umsatzrückgang auf 10 bis 15 Prozent bewertet. Woraus sich fraglos ergibt, wo die größere Widerstandskraft gegen die Folgen der Wirtschaftskrise vorhanden ist. Und wenn man vollauf bedenkt, daß die finanziellen Grundlagen der deutschen Konsumgenossenschaften erst vom Jahre 1924 ab wieder neu geschaffen werden mußten und im Zeitraum von nur 6 Jahren so stark gemacht worden sind, daß sie die in der Vorkriegszeit vorhandenen heute übertreffen, so steht man staunend vor einer finanziellen und wirtschaftlichen Integrität, die von den Staatsmännern und Politikern, leider aber auch von der Bevölkerung selbst lange nicht in dem Maße gerügt und gegen den vorhandenen Wirtschaftssturm ausgenutzt wird, wie es geschehen könnte und müßte — wenn man die Bedeutung dieser genossenschaftlichen Wirtschaftsform für die Volkswirtschaft in ihrem vollen Umfang richtig erfaßt hätte.

Und wer der Meinung sein sollte, daß die Konsumgenossenschaften ihren preisbildenden Einfluß nur bei der Warenverteilung geltend machen könnten, aber nicht an der Quelle, d. h. bei der Warenproduktion, der könnte sich schon durch die Produktionsbetriebe großer Konsumgenossenschaften, erst recht aber durch die centralisierte Eigenproduktion der Großeinkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine davon überzeugen lassen, wie Monopolpreise der kartellierten Industrie oder von Handelskonzernen auf gleichzeitigem Tätigkeitsgebiet verhindert werden können. Und zwar zum Vorteil der ganzen Volkswirtschaft, nicht nur der Konsumvereinsmitglieder.

Davon mag einmal ein aktuelles Beispiel aus dem Ausland zeugen. Der Verband schwedischer Konsumvereine, der sich vor wenigen Jahren durch die Sprengung des Mühlen- und eines Gummischuh-Kartells mit bedeutenden Preisniedrigungen um seine heimische Volkswirtschaft verdient gemacht hat, zeigt neuerdings wieder, und zwar mittleren in einer Weltwirtschaftskrise, die auch Schweden nicht verschont gelassen hat, was die innere Kraft der konsumgenossenschaftlichen Organisation für die Volkswirtschaft eines Landes bedeutet. Der Verband eröffnet nämlich eine neue Glühlampenfabrik mit einer Jahreserzeugung von 2 Millionen Glühlampen, um den Monopolpreis eines internationalen Glühlampenkartells — merkt du was, deutscher Glühlampenverbraucher! — zu brechen. Die Kartellpreise liegen in Schweden mit 1 Krone 50 Drei Verkaufspreis pro Lampe (circa 1,65 Mark) um 100 Prozent über den Produktionskosten — ein Preis, der mühevlos durch die neue Genossenschaftsfabrik gebrochen werden wird. Dies ist Dienst an der Allgemeinheit, Dienst im Interesse des Volks, nicht der Kapitalwirtschaft. Dieses neue Einzelbeispiel auf einem ganz anderen Gebiete, als dem der Nahrungsmittelproduktion, zeigt einen starken Aktionsradius der konsumgenossenschaftlichen Wirtschaftsform. Und es läuft in Deutschland nur darauf an, daß Regierungen und Parteien bei der gegenwärtigen Götterdämmerung der Privatwirtschaft, die sogar schon die Generalanzeigerpreise erfaßt hat, indem sie bereits den Schrei nach unvermeidlicher „Planwirtschaft“ zur Behebung der rüttelnden Krisenwirkungen aussöhnen — daß Regierungen und Parteien die Konsumgenossenschaften wenigstens tolerieren — beileibe nicht zu subventionieren — statt ihre Leistungskraft mit Steuer- und anderen Schikanen einzuzwingen.

Bahn frei den Konsumgenossenschaften, die ein Kernstück der Volkswirtschaft bilden.

Auch der genialste Mann wurde von einer Mutter geboren, der er oft das Beste, was er besitzt, verdankt. Mit welchem Rechte will man also der Frau die Gleichberechtigung mit dem Manne versagen?

Unterhaltungsbrocken

Nichts lockert mehr der Neigung zarte Bande als Sorgen um des Lebens Unterhalt

Kleinste zu Kleinem

Kommt das Kleinste zu dem Kleinen.
Dann ist es schon etwas mehr,
Und wenn sich mehr Kleine einen,
Wird es mehr und immer mehr.
Wenn man immer wieder schüttet
Biel der Kleinen zu den Kleinen,
Aller Sinne gleicherichtet,
Die die gleichen Ziele einen,
Dann wird aus dem Biel das Ganze,
Eine riesenstarke Kraft,
Die in hellem Waffenglanze
Kühn und treu das Große schafft!
Aber merke: Soll das Ganze
Dich zum Menschheits sieg führen,
Soll es stolz im Siegerkranze
Einst die Siegestrommel röhren,
Dann darf keines von den Kleinen
Seiner Fahne untreu werden!
Nur wenn alle Kleinen einen
Sich zum letzten Kampf auf Erden,
Dann erst kann der Sieg gedeihen,
Aus der Knechtschaft euch bestreiten!

Taefs.

Darum leidet der Mensch heute so an sich, weil ihm diese Befriedigung seines Seelischen nicht gegeben ist. Kapitalismus ist künstlerisch. Wenn die wirtschaftlich Starken aus dem Wesen der Wirtschaftsordnung heraus die Träger der Kunst sind, dann muß das Wesen von allen Menschen nicht hinaufgeführt werden zu den künstlerischen Höhen, zu denen alle berufen sind.

Kein geringerer als Richard Wagner hat es dieser bürgerlichen Gesellschaft seinerzeit so empört ins Gesicht geschleudert, daß sie nur eine schenkt um Kunst und Kultur besorgte Welt darstelle, daß sie nicht einen Tropfen künstlerischen Bluts in ihren Adern habe und nicht einen Atemzug menschlicher Gestaltung und daß sie nicht einen Hauch menschlicher Schönheit aus sich zu ergießen imstande sei".

Wenn wir heute in den weitesten Teilen der Masse diese Versuche sehen, teilzuhaben an Kunst — durch eigene Organisationen, wenn wir ganz allgemein die Überwindung der Nur-Wissenschaft finden dadurch, daß sich z. B. die Geschichtsschreibung mit künstlerischem Gestalten bindet, wenn die Naturwissenschaft am meisten gelesen und geliebt wird, die der Dichter bringt, so ist uns das eine Auslehnung des Künstlerischen im Menschen gegen die Verknachung der Menschenart und ein Erwachen des Menschen zum Erleben seiner selbst.

Darum ist das ein wesentliches Stück universaler Bildungsarbeit, den Menschen zum Erlebnis zu bringen, ihn zu rütteln, in seiner Seele und ihn durch starken Eindruck zu erschüttern. Denn, so schreibt Max Reinhardt, der Künstler, "das bürgerliche Leben ist eng begrenzt und arm an Erregungen".

Aus dem Wesen der kapitalistischen Zeit heraus würde es genügen, dem Menschen in einer Bildungsstunde nur Erkenntnisse und Wissen zu geben, doch aus dem Menschen heraus gedacht und erlebt ist es neben der Kultur des Geistes auch nötig, ein Erlebnis zu schaffen, ein Ahnen werden zu lassen und ein Horchen auf die eigene verhüttete Seele.

Der Mensch hat ja im Alltag so wenig Möglichkeit des eigenen Erlebens. "Im allgemeinen hat er nur einmal in seinem Leben", so schreibt Reinhardt, "den Rauch der Liebe, einmal die überschäumende Freude der Freiheit; er hat einmal Leidenschaftlich; er begrüßt einmal mit tiefem Schmerz ein geliebtes Wesen und stirbt schließlich einmal selbst. Aber es ist zu wenig für die uns innenwohnenden Fähigkeiten der Liebe, des Hasses, des Glücks und des Leidens. Wir über täglich unsere Muskeln und unsere Glieder, damit sie sich kräftigen und nicht verkümmern, aber unsere geistigen Organe bleiben unbeschäftigt, und doch ist es das freie Ausleben dieser Organe, von dem nicht nur unsere geistige Gesundheit, sondern auch die des Körpers abhängig ist."

Und damit, so fügen wir hinzu, die Freiheit des Menschen und das Bewußtsein seiner Bedeutung und Kraft. Je mehr wir im Tiefsten unseres Wesens erschüttert werden, um so mehr beginnen wir zu ahnen, uns und die Welt. Aus der Welt von morgen müssen wir die Bildungsnotwendigkeiten des Heute betrachten, aus dem Wesen des Menschen, das da morgen seine Freiheit haben soll.

Die Menschheit, die da kommt, wie Marx es gefunden hat, sie wird eine künstlerische Seele haben und aus dieser künstlerischen Seele heraus wird es wogen, wird der Mensch schaffen und glaubend wachsen in die uns heute noch kaum fassbare Größe eines unheimten und frei sich entfaltenden Menschentums.

Dr. Gustav Hoffmann.

Der Arzt im Kinderwagen

Von Dr. Kurt Kaeser.

Gewiß, meine Damen und Herren, er selbst liegt ja nicht drin, aber, Hand aufs Herz, haben Sie schon einmal an einem warmen Frühlingsstag oder gar an einem heißen Sommertage ihren Kopf unter das Verdeck eines Kinderwagens gesteckt? Wenn Sie es getan hätten, dann würden Sie wohl, was der Arzt im Kinderwagen zu suchen hat.

Da liegt nun so ein kleines, wehrloses Kerlchen, das eingepackt in weiche Federdecken, so daß von dem ganzen kleinen Wesen kaum mehr als die Nasenpitze zu sehen ist. Der Wagen selbst ist oft ganz und gar mit Wachstuch ausgezschlagen — wegen der vermeintlichen Erkrankungsgefahr. Das Verdeck ist hochgeklappt — Kleinkind könnte sonst ja „Zug“ bekommen, und dicke Gardinen werden zu allem Überfluß noch vorgezogen, um gegen die Sonne und die Fliegen den nötigen Schutz zu gewähren. Und dann wundert man sich, wenn so ein armes Würmchen franz wird!

Wie falsch, wie grundverkehrt ist das alles!

Der Säugling braucht vor allem Luft und Licht. Dazu gehört ein geräumiger Kinderwagen, am besten aus Korbgeflecht oder dergleichen. Nie soll der Korb mit Wachstuch oder anderen Stoffen ausgezschlagen sein, die keine Luft durchlassen.

Das Lager für den Säugling sei flach; eine harte, mit Rosshaar oder Hasenpfeu gefüllte Matratze diene als Unterlage. Darauf breite man ein Matratzentuch und ein Stück Billrothbatist, und über dieses ein Baumwolltuch, auf das der Säugling samt seiner Windel gelegt wird. Auch das Kopftischt sei flach und fest und nur mit Hasenpfeu, Rosshaar oder dergleichen gefüllt. Tort mit den heißen Federbetten! Das Deckbett soll jeweils der Witterung angepaßt und im Winter mit Daunen, Kapok oder dergleichen gefüllt sein, im Sommer genügt eine Wolldecke. So wird man zunächst der für das Kind gefährlichen Wärmestauung wachsen können.

Gardinen oder Vorhänge müssen so beschaffen sein, daß sie der Luft den Zutritt nicht verwehren, deshalb sind Wachstuchverdecke, die hoch geschnitten werden, unbedingt zu verwerfen. Zum Schutz gegen die Fliegen eignet sich am besten ein leichter Gazeschleier.

So vorbereitet darf man den Säugling getrost im Kinderwagen ins Freie bringen.

Aber auch die Auswahl eines geeigneten Standortes für den Kinderwagen verlangt einige hygienische Kenntnisse. Man fahre oder stelle den Kinderwagen nicht auf staubige Straßen und Plätze oder gar in den Konzertgarten. Der Kinderwagen gehört ins Freie, ins Grüne.

Im Herbst und Frühjahr mag man sonnige Stellen aussuchen, im Sommer aber den Schatten. Leider wird oft aus Bequemlichkeit und Unverständnis gerade hierin zum Schaden der Kinder viel gesündigt.

Achilos wird der Kinderwagen in die Sonne gestellt, während die Mutter oder Kinderpflegerin sich auf eine schattige Bank zu einer ausgiebigen Unterhaltung mit Bekannten niederläßt. Die Sonnenstrahlen fallen bei der Rückenlage des Kindes dann senkrecht in sein Auge, was der Erwachsene, der aufrecht geht oder sitzt, gar nicht bemerk. Bald sucht der Säugling sich durch Blinzeln oder Schließen der Augen gegen das blendende Sonnenlicht zu schützen. Doch das gelingt gewöhnlich schlecht und schließlich trifft der Sonnenstrahl das ungehützte Auge. Dann wirkt die im Auge befindliche Linse wie ein Brennglas und schädigt die Regenhaut des kindlichen Auges. Man stellt deshalb nie den Kinderwagen und den darin befindlichen Säugling schullos in die Sonne, sondern sorgt stets dafür, daß die Augen des Kindes der direkten Sonneneinstrahlung entzogen werden.

Schließlich vergesse man nicht, den Wagen mit einem Schutzhügel auszurüsten, den man um den Leib des Kindes schlingt und am besten noch mit Schulterbändern verstellt, damit er nicht abgleiten kann. Auf diese Weise werden Kinder, die schon aufstehen können, am sichersten vor dem Herausfallen aus dem Wagen bewahrt.

Man sollte alle Tage wenigstens ein kleines Gedicht hören, ein gutes Gedicht lesen, ein treffliches Gemälde sehen und, wenn es möglich wäre, einige vernünftige Worte sprechen.

Die Lebensdauer des Papiergeledes

Jeder Geldschein hat seine eigene Lebensgeschichte. Durch viele Hände ist er hindurchgegangen. Er war neben vielen Kollegen in der vollgeplätteten Brieftasche eines Geldmannes oder mit zitternden Händen zusammengefaltet im kleinen Portemonnaie einer Arbeiterfrau. Wie im Leben alles vergänglich ist, so ist es auch der Geldschein. Die Reichsbanknoten werden in der Reichsdruckerei nach besonderem Verfahren und aus besonderem Material hergestellt. Dann kommen sie in großen Stößen in die Treasore der Reichsbank, wo sie übernommen, gezählt und gebündelt werden, um von hier aus ihre Wanderung durch das deutsche Wirtschaftsleben zu beginnen. Das Papiergelede dient als Eratz des in den Kellern der Reichsbank lagernden Goldes. Der Goldbestand der Reichsbank betrug Anfang März rund 2,3 Milliarden Mark. Der Betrag der umlaufenden Noten stellte sich auf 4,2 Milliarden. Die Lebensdauer einer Papiernote ist sehr verschieden. Ein Zehnmarksschein hat ungefähr ein Durchschnittsalter von 2 bis 3 Jahren. Er kehrt in dieser Zeit etwa dreimal an seinen Ausgangspunkt, die Reichsbanknoten in Berlin, zurück. Die Zwanzigmarkscheine leben im Durchschnitt von drei Jahren ihre Funktion aus, während die Fünfziger und Hunderter 3½ Jahre und die Tausendmarkscheine etwa 4 bis 4½ Jahre im Umlauf bleiben. Am Ende ihrer Wanderung kommen die Geldscheine beschmutzt, eingerissen, abgegriffen, mit Papierstreifen zusammengehalten an die Stelle zurück, wo sie ausgegangen sind. In der Berliner Zentrale der Reichsbank werden sie dann aussortiert, gebündelt und in Beuteln den Lochmaschinen zugeführt, wo sie entwertet werden. Schließlich rollen sie in vergitterten Wagen zur Vernichtungsmühle. Diese Mühle zerlegt die Scheine in ihre Urbestandteile. Sie werden zerrieben und zermahlen und verwandeln sich schließlich durch den Zusatz von Heißwasser in einen Brei. Die Papierfabriken erhalten schließlich die Rüststände, um sie zu Packpapier oder Kartonpappe zu verarbeiten. Im Jahre 1929 wurden 93 Millionen Banknoten im Werte von 2069 Millionen Mark, und zwar 49 Millionen Zehnmarkscheine, 29 Millionen Zwanzigmarkscheine, 11 Millionen Fünfziger, 3,5 Millionen Hundertmarkscheine und 91 000 Tausendmarkscheine vernichtet. So endet das Leben eines unter besonderem Verfahren bedruckten Papiers, das durch die Münzhoheit des Staates die besondere Rolle, als Geldschein zu dienen, zugewiesen bekam. Von dem Ausgangspunkt einer Geldnote, dem Verlandraum der Reichsdruckerei, bis zu dem vergitterten Kastenwagen, der die Scheine der Vernichtung zuführt, liegt ein langer Zeitraum vor durchschnittlich drei Jahren. Und doch knüpft sich an jeden Geldschein ein Stückchen Lebensgeschichte des Volkes. Wenn jeder Geldschein erzählen könnte, so würde er das vielgestaltige und bunte Leben einer Nation sehr treffend wiedergeben können. Liebe, Hass, Verbrechen, Wohltat, Streit und Tanz spielen sich in hunderter Reihenfolge in dem Leben eines Geldscheins ab. Manches Menschenleben wird er beeinflußt haben. Schließlich ist auch das Papiergelede nichts anderes als der Extrakt von geleisteter wertvoller arbeit, nur schade, daß es jene am wenigsten bekommen, die die volkswirtschaftliche Arbeit geleistet haben.

Wirtschaftsnote und Bücherlesen

Hat die Arbeitslosigkeit unserer Zeit eine Vermehrung des Interesses an Büchern gebracht? In England wird dies behauptet. Daß die Buchproduktion im Jahre 1930 in England wesentlich gestiegen ist, wird auf die Arbeitslosigkeit zurückgeführt. Woher mögen die Menschen ohne Arbeit wohl die Mittel für die Bücher genommen haben? Die Steigerung der Benutzung der Leihbibliotheken in England im Jahre 1930 ist eher ein Beweis für die zunahme des Interesses, das das Buch jetzt gefunden hat. Wenn man daraus aber darüber gar von einer geistigen Wiedergeburt spricht, die diese Krise im Gefolge haben soll, dann scheint dieses Urteil doch allzu sehr vom grünen Tisch aus gegeben zu sein. Eine geistige Wiedergeburt erfolgt nicht in Zeiten wirtschaftlicher Verzweiflung.

Dennoch sollte der Zusammenhang zwischen Wirtschaftskrise und Bücherlesen vorhanden sein. Die Gewerkschaften bemühen sich überall, den Arbeitslosen durch Bildungsveranstaltungen einen seelischen Halt zu geben. Auch das Buch sollte da helfen über diese seelischen Nöte der Zeit. Viele der Alten, wir erinnern nur an August Bebel, haben in der „Arbeitslosigkeit“ des Gefängnisses die Muße zur Weiterbildung gefunden, die nachher von wesentlicher Bedeutung für ihr Leben war.

Straßenlärmb schlimmer als Löwengebrüll

Die Antilärmbewegung hat zur Konstruktion eines Apparates geführt, der den Straßen- und Industrielärm ziffernmäßig erfäßt. Die Messungen ergaben, daß Autobuppen, Riechämmer, Dampfbagger, Straßenbahnen und andere Fahrzeichen unseres Zeitalters einen stärkeren Lärm verursachen als Gewitterdonner aus 3 Kilometer Entfernung oder Löwengebrüll aus nächster Nähe. 40 dB. H der Autobuppen sind geräuschvoller als des Löwen Erwachen und selbst als das Knattern der Riechämmer, obwohl wir dies gesäßmäßig nicht herausfinden. Das Löwengebrüll flößt Schrecken ein, der Straßen- und Industrielärm wird mehr oder weniger gleichgültig hingenommen. Schr zu Unrecht! Der Lärm schädigt unsere Gesundheit, obwohl wir dies erst nach längerer Zeit merken. Schwerhörigkeit, Störungen der Herzaktivität, Ermüdung und Überreizung sind die Folge.

*
Der Verein Deutscher Ingenieure hat eine wissenschaftliche Arbeitsgemeinschaft unter dem Namen „Fachauschuh für Lärminderung“ unter dem Vorsitz von Professor Dr. Wagner, Direktor des Heinrich-Hertz-Institutes für Schwingungsforschung, gebildet und bereits in mehreren Sitzungen einen Plan aufgestellt. Das weite Arbeitsgebiet wird betreut von den Arbeitsausschüssen für Physik, Medizin, Bautechnik, Maschinenbau, Rechtslage und Verwaltung, Erziehung und Aufklärung und schließlich Finanzierung. Durch diesen Zusammenschluß soll eine Grundlage für die gemeinsame Bearbeitung des Lärmproblems durch Behörden und Vereinte aller an der Lärmbeämpfung interessierten Kreise geschaffen werden. Vor allem will der Fachauschuh richtungweisend vorgehen, damit die Technik den Weg der Selbsthilfe beschreiten kann, um Eingriffen der Behörden vorzubeugen.

Bücher und Zeitschriften

Die Bildhanerie, Abbildungen ausführlicher Arbeiten in Holz und anderem Material sowie von Modellen. — Heft 1, Jahrang 1931, Preis brosch. 3 Mark. Verlagsanstalt des deutschen Holzarbeiterverbandes G. m. b. H., Berlin SO 16. Das vorliegende Heft mit seinem Inhalt (Das verlogene Ornament — 92 Abbildungen) reicht sich würdig den bisher erzielten Erfolgen. Die drucktechnische Ausführung und ihre Wirkung ist vorzüglich. Ohne Auflösungsfähigkeit kommt die berechtigte Tendenz gegen die Verlierer der reinen Sachlichkeit durch zwanglose Wiederholung von alten Motiven, Steinbrunnen, Figuren und Grabmalen der Bildhauerkunst. Ornamente und sonstige Plastiken zum Ausdruck. Man kann nur den Wunsch hegen, daß die Herausgabe dieser Hefte, die von künstlerischer Umgebung sind, für die leider so trostlose Präzis der Bildhauer allgemein, nicht beibehalten, sondern in kürzeren Zwischenräumen erfolgen mögliche.

Wo steht der zweite Mann? — ein Bild! Die Werbeparole der Sozialdemokratie für 1931: „Wo bleibt der zweite Mann?“ ist vertont worden! Zu den gleichnamigen bekannten Gedicht von Tutt, ein Wirtler“ hat der Komponist H. Matz eine malende und flotte Melodie geschrieben, die sicher bald überall erklingen wird. Die Singstimme und Klavierbegleitung sind eben auf einen Liederblatt der Werbeteilung der SPD (Berlin SW 68) erstanden und dort oder durch die Volksbuchhandlung zum Preise von 10 Pf. zu beziehen.

Der Mensch von morgen

Menschen, die an dieser Wende der Zeit für den Menschen kämpfen, müssen wissen, um was es bei dieser Befreiung des Menschen geht. Wir sehen den Kampf um den Menschen so oft immer noch zu sehr an die Existenz als Selbstzweck. Aber der Sinn des Kampfes ist leichten Endes, viel größer. Jeder kleinste, erkämpfte wirtschaftliche Vorteil ist ein Stück auf einem großen Ziel. „Die Vorgeschichte der Menschheit geht zu Ende und die Zeit der Menschheit beginnt.“ So sprach es Marx einmal aus. Dieser verhafte, der nur von nüchternem, trockenem Denken erfüllt gewesen sein soll und der da in Wirklichkeit solch eine großartige menschliche Auffassung vom Sinne seines ökonomischen Denkens gehabt hat.

Und diesen Menschen, um den es geht, müssen wir kennen. Sein Wesen, seine Art. Seine Seele. Sein inneres Suchen und Drängen. Wir müssen wissen, welche Werte da im Menschen heute verschüttet sind. Wiewiel Sehnen erfüllt. Zu welcher Größe Menschen berufen sind. Zu welcher Herrlichkeit Menschentum einmal zu erwachen bestimmt.

Es ist der unkünstlerische Geist des Kapitalismus, der uns so oft diese Erfurcht vor uns selbst genommen hat. Diese Wirtschaftsordnung der Berechnung und der Errechnung und des ewigen Überlegens hat diesen anderen Teil des menschlichen Wesens entstellt, dieses künstlerische, das in jedem jedes ist und das das eigentliche Wesen des Menschen ausmacht.

Ist es nicht bezeichnend, daß der Schmuck in der Geschichte der Menschheit älter als die Kleidung ist? So unnotwendig ist dem Menschen das Schöne. So urhaft ist im Menschen das künstlerische Gefühl. Dieses künstlerische Gefühl, das man heute nur nebenbei bestreift oder auch nicht bestreift, dessen Befriedigung man so vielfach als zu entbehrenden Luxus ansieht: es ist das Urgefühl des Menschen, das seine Befriedigung nötig hat, wenn der Mensch einmal erwachsen soll zu sich selbst.